


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

MEDWEDEWS REDE ZUR LAGE DER NATION RUSSLAND UND BELARUS

■ VON DER REDAKTION	
С новым годом – Frohes Fest!	2
■ ANALYSE	
Für eine Modernisierung ohne Irritationen	
Medwedews dritte Botschaft an die Föderalversammlung	2
Hans-Henning Schröder, Berlin	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die Botschaften des Präsidenten in Zahlen	6
Die Botschaft des Präsidenten an die Präsidialversammlung in Umfragen	8
■ UMFRAGE	
Die Lage im Lande im Spiegel der Meinungsumfragen	11
Die erste Prognose zu den Dumawahlen im Dezember 2011	17
■ ANALYSE	
Warum der Kreml Lukaschenko nicht fallen lässt	
Russlands Belaruspolitik vor den Präsidentenwahlen	20
Jarosław Ćwiek-Karpowicz, Warschau	
■ ANALYSE	
Freunde oder Feinde?	
Entwicklung im Verhältnis zwischen Russland und Belarus	23
Matthew Frear, Birmingham	
■ CHRONIK	
Vom 3. bis zum 16. Dezember 2010	26



Forschungsinstitut Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

С новым годом – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russlandanalysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 213 – erscheint am 28. Januar 2011. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir u. a. Beiträge über die Entwicklung der russischen Wirtschaft, über die russische Wahrnehmung nationaler Sicherheit und zum Rechtssystem.

Heute wünschen wir unseren Lesern aber ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

ANALYSE

Für eine Modernisierung ohne Irritationen

Medwedews dritte Botschaft an die Föderalversammlung

Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Am 30. November 2010 trug Präsident Dmitrij Medwedew der Föderalversammlung – den beiden Häusern des russischen Parlaments – seine Botschaft, den Bericht zur Lage der Nation vor. Das Thema Modernisierung durchzog die Rede, doch der Präsident vermied Kontroversen und strittige Fragen. Er stellte vielmehr ein Thema in den Mittelpunkt, bei dem er allgemeinen Konsens erwarten konnte: die Sorge für die Kinder, ihre Förderung und die Schaffung einer ihnen zuträglichen Umwelt. Ganz offensichtlich war die Rede darauf angelegt, Kontroversen zu vermeiden und zu integrieren. Dies erklärt sich wohl daraus, dass im Laufe des Jahres 2011 das Machtarrangement für die Zeit nach der Präsidentschaftswahl 2012 ausgehandelt werden muss. Es wäre nicht hilfreich, wenn der Präsident im November 2010 radikale Vorschläge machte und Teile der Eliten vor den Kopf stieß. Insofern war die diesjährige Botschaft an die Föderalversammlung ein Vorspiel zu den Nachfolgediskussionen des kommenden Jahres.

Kein einfaches Jahr

2010 war kein einfaches Jahr für den russischen Präsidenten. Gewiss hat das Land schon schlimmere Perioden durchgemacht – etwa die Hyperinflation zwischen 1992 und 1995, die Herbstkrise 1998 oder das Jahr 2008 mit Georgienkrieg, Finanzkrise und dem Einbruch der Energiepreise. Doch 2010 war trotz der wirtschaftlichen Stabilisierung ein Jahr voller Heimtuckungen, die Missstände in der Gesellschaft und Schwächen der staatlichen Ordnung sichtbar machten. Die Trockenheit des Sommers und die verheerenden Waldbrände hatten demonstriert, wie schwach und inkompetent die regionalen Behörden waren. Die Idee von Ministerpräsident Putin, den Wiederaufbau über Webcams zu kontrollieren, machte deutlich, dass die russische Führung ihrer eigenen Verwaltung zutiefst misstraute. Die Gewaltkonflikte im Nordkaukasus konnten nicht eingedämmt werden. Im März verübten nordkaukasische Selbstmordattentäter zwei Anschläge in der Moskauer U-Bahn, bei denen 37 Personen getötet wurden.

Wie groß das Misstrauen gegenüber den Sicherheitsorganen war wurde im Fall der »Partisanen von Primorje« deutlich, bei dem Teile der Öffentlichkeit eine Serie von Attacken auf Polizisten – ganz zu Unrecht – als Widerstandshandlung romantisierete. Die inneren Probleme des Sicherheitsapparates wurden im Fall des Massenmordes in Kuschtschewskaja deutlich, der die enge Verflechtung von Untersuchungsorganen und Unterwelt zeigte. Der zweite Prozess gegen die ehemaligen Jukos-Eigner Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew – eine juristische Farce – demonstrierte die Abhängigkeit der Justiz von der Obrigkeit. Der brutale Angriff auf einen Korrespondenten des »Kommersant«, der sich kritisch mit dem Bau einer Autobahn durch den Wald von Chimki auseinandergesetzt hatte, lenkte den Blick nicht nur auf das Versagen des Rechtssystems, sondern auch auf die schwierige Situation der Medien. Die Kampagnen, die Medwedew angestoßen hatte – zur Bekämpfung der Korruption und zur umfassenden Modernisierung Russlands

–, traten auf der Stelle. Die Privatisierung von Staatsunternehmen ging nur langsam voran. Die Reform von Polizei und Innenbehörden, in die Medwedew selbst erhebliche Energien investiert hatte, zeigte vorläufig keine sichtbaren Resultate. Kurz, 2010 traten die zahlreichen Schwächen des russischen Staatswesens in aller Deutlichkeit hervor – trotz aller Bemühungen Putins und Medwedews, eine vertikale Kontrolle auszuüben.

Die Modernisierung von 2009

Insofern hatte der Präsident eine ganze Reihe von Themen, die er in der alljährlichen Botschaft an die Föderalversammlung ansprechen konnte. Im Jahr zuvor war das große Thema die Modernisierung Russlands gewesen. Medwedew hatte von »chronischer Rückständigkeit«, »primitiver Wirtschaftsstruktur«, »archaischer Gesellschaft« und »verworrenen Aktionen, die von Nostalgie und Vorurteilen diktiert waren« gesprochen und angekündigt, dies werde »in unserer Geschichte die erste Erfahrung einer Modernisierung [sein], die auf den Werten und Institutionen von Demokratie gegründet« ist. Grundlage sollte die technologische Erneuerung der ganzen Produktionssphäre sein – mit Hilfe ausländischer Investoren und importiertem *know how*. Als Schlüsseltechnologien benannte der Präsident Medizintechnologie, Energie- und Informationstechnologie, die Entwicklung von Raumfahrt und Telekommunikation und die Steigerung der Energieeffizienz. Medwedew wollte eine Modernisierung des Staatssektors, zu der auch eine behutsame Privatisierung gehören sollte. Die staatlichen Unternehmen und solche mit staatlicher Beteiligung sollten unabhängigen Betriebsprüfungen unterworfen und nach modernen Konzepten der Unternehmensführung umgestaltet werden. Der Staat sollte noch im ersten Quartal 2010 ein umfassendes Programm zur Förderung von Wissenschaft und Forschung auflegen. Innerhalb von zwei Monaten sollte die Regierung eine neue Form des Genehmigungsverfahrens für Investitionsprojekte ausarbeiten, das die Bearbeitungsdauer von anderthalb bis zwei Jahren auf drei bis vier Monate herunderdrücken sollte. Innerhalb des ersten Quartals 2010 sollten obendrein Gesetzentwürfe zur Reform des Steuersystems und der Pflichtversicherungen vorgelegt werden, um vorteilhafte Bedingungen für Investoren zu schaffen. Medwedew forderte auch den Ausbau und die Verbesserung des Schulwesens und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von karitativen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen. Das war ein ehrgeiziges Programm, dessen Umsetzung eine durchsetzungsfähige politische Führung und breite gesellschaftliche Unterstützung verlangte.

Herbst 2010 – die Zeit der großen Erwartungen

Man hätte daher mit Recht erwarten können, dass der Präsident seine ehrgeizigen Vorgaben aus dem Vorjahr aufgreift und energisch implementiert – gerade angesichts der Schwierigkeiten und Widerstände, auf die seine Politik im Laufe des Jahres 2010 gestoßen war.

Nach der Sommerpause hatte Medwedew sich bei verschiedenen Gelegenheiten politisch vorgewagt. Auf dem internationalen Forum in Jaroslawl im September, das auf Initiative Medwedews entstanden war, hatte er erklärt: »... ich glaube nicht nur an Demokratie als Form der Leitung, ich glaube nicht nur an Demokratie als Form politischen Regimes, ich glaube auch daran, dass angewandte Demokratie Millionen Menschen in unserem Land und Milliarden Menschen in der Welt von Erniedrigung und Armut befreien kann.« Den Begriff von Demokratie, den er in dieser Rede propagierte, war an internationalen Normen orientiert: Der Präsident berief sich auf die UN-Charta und die Charta der OSZE. Russland bezeichnete er als demokratischen Staat, mit Mängeln behaftet, doch auf dem Weg zu wirklicher Demokratie. Zugleich verwahrte er sich allerdings dagegen, demokratische Standards demagogisch zur Durchsetzung geopolitischer Interessen zu nutzen – ein Seitenhieb auf die USA.

In seinem Blog griff Medwedew diese Gedanken im November eine Woche vor der Botschaft an die Föderalversammlung noch einmal auf. Dort schrieb er, es sei nötig, das politische System gerechter zu gestalten und das Niveau der politischen Konkurrenz zu heben und – die Hauptaufgabe jeder Demokratie – die Qualität der Vertretung des Volkes zu verbessern. Allerdings behauptete er in diesem Blog auch, dass man die Gefahr der Wahlmanipulation minimiert und allen Parteien gleichen Zugang zu staatlichen Medien gegeben habe – angesichts der offenkundigen administrativen Eingriffe bei den Regional- und Kommunalwahlen der letzten Zeit eine glatte Unwahrheit.

Die Rede in Jaroslawl und der Blog-Eintrag weckten trotzdem hohe Erwartungen. In den russischen Medien wurde schon früh spekuliert, dass Medwedew sich in der Botschaft auf die Themen beziehen werde, die er dort angeschnitten habe. In jedem Fall erwartete man, dass der Präsident die Gelegenheit wahrnehmen werde, sich für die Präsidentenwahl im Jahre 2012 in Stellung zu bringen und der Modernisierungskampagne mit konkreten Projekten eine greifbare Gestalt zu geben.

Anfang November zeigte sich die Tageszeitung »Nesawisimaja gaseta« allerdings irritiert, dass die Vorbereitungen für die Botschaft streng geheim gehalten wurden, sie meldete auch Spekulationen, dass sich Medwedew diesmal sozialen Fragen zuwenden würde. Als

der Termin der Botschaft immer weiter hinausgeschoben wurde, kamen neue Gerüchte auf. U. a. hieß es, Medwedew werde eine tiefgreifende Umgestaltung der Föderation und eine Verringerung der Zahl der Föderationssubjekte (»Länder«) von 83 auf 20 vorschlagen. Medwedews Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden in der Duma am 24.11. weckten ebenso wie sein Blog-Eintrag am 23.11. Erwartungen, die Botschaft werde sich mit der Reform des politischen Systems befassen. Doch hohe Kremlbeamte signalisierten zu diesem Zeitpunkt, dass der Präsident diese Frage in seiner dritten Botschaft an die Föderalversammlung nicht zu vertiefen beabsichtige.

Die Spekulationen, die wohl auch durch den späten Termin der Rede genährt wurden – seine Botschaft 2008 hatte Medwedew am 5. November präsentiert, die zweite am 12. November 2009 –, signalisierten vor allem, welche Erwartungen die politische Klasse hegte. Der politischen Intelligenz war wohl bewusst, dass die umfassenden Modernisierungsideen und die Reformen, die Medwedew 2009 so vollmundig angekündigt hatte, ohne einen Umbau des politischen Systems nicht umsetzbar waren. Insofern warteten viele Beobachter auf konkrete Maßnahmen, die Raum für Reformen schaffen würden.

Doch Medwedew enttäuschte diese Hoffnungen auch diesmal.

Kinder und andere Probleme

Die Botschaft, die der Präsident der Föderalversammlung am 30. November 2010 vortrug, war wenig spektakulär. Gewiss nahm er seine Ideen des Vorjahres nicht zurück, doch er entwickelte die Modernisierungspolitik nicht offensiv weiter, er vermied Kontroversen und strittige Fragen. Er stellte vielmehr ein Thema in den Mittelpunkt, bei dem er allgemeinen Konsens erwarten konnte: die Sorge für die Kinder, ihre Förderung und die Schaffung einer ihnen zuträglichen Umwelt.

An den Anfang seiner Ausführungen stellte er aber eine Setzung, die er bereits im vergangenen Jahr formuliert hatte, und mit der seine Zuhörer im russischen Parlament zweifellos übereinstimmen: Der Status Russlands als Großmacht sollte auf innovativer Basis gestärkt werden. Damit beschrieb er präzise die Aufgabe der Modernisierungspolitik und unterstrich zugleich ihre Notwendigkeit: Ohne durchgreifende Modernisierung wird Russland international nicht konkurrenzfähig werden.

Die Probleme des Jahres 2010 und die notwendigen Maßnahmen umriss der Präsident mit wenigen Sätzen, ging auf Technologie und die pharmazeutische Industrie ein und kündigte an, er werde der Regierung einen Aufgabenkatalog zukommen zu lassen, den sie dann

abzuarbeiten habe. Dann wandte er sich seinem Hauptthema zu, der Lage der Kinder. Hier behandelte er ein eindrucksvolles Themenspektrum – von der demographischen Entwicklung über Kinderkrankenhäuser, die Unterstützung kinderreicher Familien, das Kindergartenangebot, den Kinder- und Jugendstrafvollzug und zum Problem sexuellen Missbrauchs. Er forderte stärkeres karitatives Engagement der Unternehmer und kündigte die Einsetzung eines Kinderbevollmächtigten des Präsidenten an. Medwedew forderte eine Schule der Zukunft, sprach von Talentförderung und der Qualifikation der Lehrer und vergaß auch die patriotische Erziehung nicht. Das Thema Umweltverschmutzung behandelte er unter dem Gesichtswinkel, dass man den Kindern eine intakte Welt übergeben müsse und wies der Zivilgesellschaft hier eine Rolle zu.

Von den Kindern ging der Präsident dann zum Thema Staat und Bürger über und reihte Transparenz, Modernisierung der staatlichen Dienstleistungen und die Verbesserung des Investitionsklimas aneinander. Im Vorbeigehen erklärte er, die Arbeit der Gouverneure in Zukunft am Umfang der Investitionen messen zu wollen. Die Frage der Privatisierung wurde berührt, die MWD-Reform, die notwendigen gerechten Gesetze, die Reform des Strafrechts, der Kampf gegen die Korruption und die neue Redaktion des Gesetzes über Staatsaufträge, das die Mittelverschwendung in diesem Bereich einschränken sollte. Die Modernisierung der Armee, die Qualität des politischen Systems und die Situation in den Kommunen wurden ebenfalls als Themen benannt. Sicherheitspolitik und Streitkräftereform behandelte der Präsident etwas breiter und ging dabei insbesondere auf den Russland-NATO-Gipfel in Lissabon und die Frage der Raketenabwehr ein. Im außenpolitischen Teil seiner Rede hob er die Bedeutung der Diplomatie für die Wirtschaftsentwicklung hervor und betonte die Bedeutung der Modernisierungspartnerschaft insbesondere mit Deutschland und Frankreich. Er unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der EU und den USA, ging auf den Asiatisch-Pazifischen Raum und die ASEAN ein, erwähnte die GUS mit der Organisation des Vertrages zur Kollektiven Sicherheit (CSTO) und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (aber nicht die Zollunion mit Kasachstan und Belarus), bot die Dienste des russischen Katastrophenschutzes zur weltweiten Hilfe in Krisensituationen an und setzte sich für die internationale Kooperation bei der Bekämpfung der Piraterie ein.

Das Thema Modernisierung zog sich durch die gesamte Rede und wurde immer wieder neu variiert. Dennoch stellte die Botschaft kein konzises Programm vor, sie war eher ein Sammelsurium alter und neuer Ideen, zu dem anscheinend jedes Ressort etwas beigetra-

gen hatte. Abgesehen von dem engagierten und durchgegliederten Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik, der viele Probleme konkret benannte, wirkte die Rede zerfahren und unfokussiert.

Modernisierung und die Nachfolge 2012

Anders als im Jahre 2009, als Medwedew im September mit dem Artikel »Russland Vorwärts« eine politische Kampagne eingeleitet hatte, die in der Botschaft an die Föderalversammlung kulminierte, verzichtete er 2010 auf Kritik und alle scharfen Töne. 2009 hatte er die Zustände im Land so massiv kritisiert, dass dies auch als Kritik an seinem Vorgänger verstanden wurde. Er hatte deutlich gemacht, dass Russland ohne radikale Wende endgültig den internationalen Anschluss verlieren würde. 2010 stellte er ein Thema in den Mittelpunkt, das über politische und soziale Grenzen hinweg konsensfähig war – die Kinder. Ganz offensichtlich war die Rede darauf angelegt, Kontroversen zu vermeiden und zu integrieren.

Die offene Kritik im Vorjahr, die Versuche, das Rechtssystem und die Polizei zu reformieren, die Reform der Streitkräfte, die Vorstöße zur Privatisierung der Staatskonzerne und die Versuche, die Korruption der Beamten einzudämmen, hatte Teile der Eliten irritiert. Medwedew hatte nur zu klar gemacht, dass eine wirkliche Modernisierung kaum ohne Einschränkung von Sonderrechten und Privilegien zu haben war. Die Schaffung einer unabhängigen Justiz bedeutete für Politiker, hohe Beamte und Großunternehmer, dass sie nicht mehr per Telefon Einfluss auf Gerichtsentscheidungen nehmen konnten. Die wirksame Bekämpfung von Korruption

verminderte die Einnahmen vieler Staatsbediensteter. Für sie alle bedeutete konsequente Modernisierung den Verlust der bisher genossenen Vorrechte.

Im Jahr 2011, in dem die Duma neu gewählt und die Präsidentenwahl vorbereitet wird, kann die politische Führung aber Widerstand von Seiten der Eliten nicht brauchen, sie ist vielmehr auf die Zusammenarbeit mit ihnen angewiesen. Das gilt auch für die Person Dmitrij Medwedew, der offenbar eine zweite Amtszeit als Präsident anstrebt. Im Laufe des Jahres 2011 wird es zu einer Entscheidung über die Nachfolge kommen. Dabei geht es nicht um einen Wettbewerb Putin gegen Medwedew. Beide arbeiten mehr oder weniger reibungslos zusammen, und sie werden diese Zusammenarbeit auch nach der Präsidentenwahl fortsetzen. Es geht um das Macht-Arrangement, in dessen Rahmen der Nachfolger agieren wird. Medwedews Modernisierungsprogramm – und es ist davon auszugehen, dass es Medwedew und Putin mit der Modernisierung ernst ist – weist deutlich über das Jahr 2012 hinaus. Es ist anzunehmen, dass Medwedew daran gelegen ist, an seiner Umsetzung auch nach 2012 mitzuarbeiten – vorzugsweise als Präsident, gegebenenfalls aber auch in einer anderen Rolle. Wie das Machtarrangement und die Rollenverteilung aussehen werden, das wird voraussichtlich 2011 zwischen den Elitegruppen »ausgehandelt«. Es wäre nicht hilfreich gewesen, wenn der Präsident im November 2010 radikale Vorschläge gemacht und Teile der Eliten vor den Kopf gestoßen hätte. Insofern war die Botschaft an die Föderalversammlung ein Vorspiel zu den Nachfolgediskussionen des kommenden Jahres. Modernisierung soll sein, doch sie soll niemanden irritieren.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität in Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«.

Lesetipps

- Presidential Address to the Federal Assembly of the Russian Federation. November 30, 2010, 13:00 The Kremlin, Moscow <http://eng.kremlin.ru/news/1384>.
- Speech at the plenary session of the Global Policy Forum The Modern State: Standards of Democracy and Criteria of Efficiency. September 10, 2010, 16:30, Yaroslavl <http://eng.kremlin.ru/transcripts/928>
- Our democracy is imperfect and we are absolutely aware of this. But we are going forward. November 23, 2010, 21:00. Dmitry Medvedev's blog entry on the development of Russia's political system. <http://eng.kremlin.ru/transcripts/1358>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

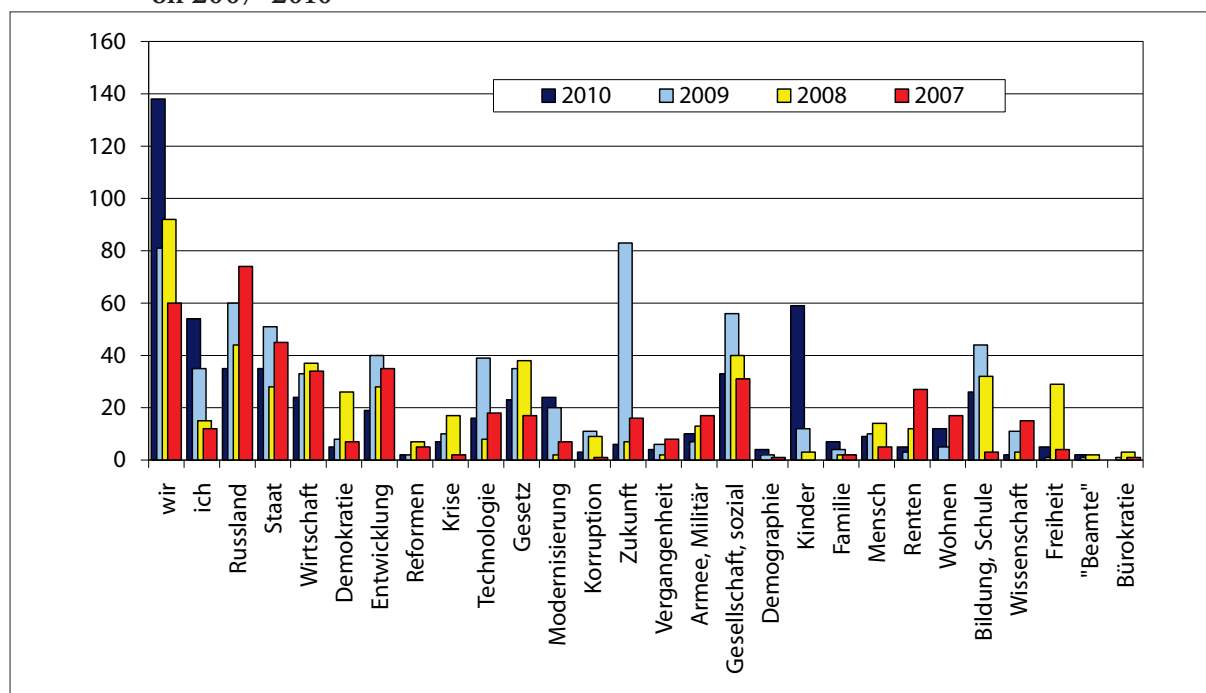
Die Botschaften des Präsidenten in Zahlen

Tabelle 1: Die Botschaft des Präsidenten in Zahlen

	Dauer, Minuten	Wörter	Zeichen	Rede- geschwindigkeit (Wörter pro Minute)
30. November 2010	72	7.042	45.247	98
12. November 2009	100	9.548	62.864	95
1. November 2008	85	8.342	54.772	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	104

Quelle: Angaben der Zeitung *Kommersant*, <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1549197>.

Grafik 1: Häufigkeit von Schlüsselwörter in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2007–2010



Quelle: Angaben der Tageszeitung *Kommersant* vom 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582> und eigene Auszählung.

Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörter in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2004–2010

	Medwedew			Putin			
	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Zahl der Wörter	7.042	9.548	8.342	8.076	6.477	5.220	5.207
wir	138	81	92	60	60	37	32
ich	54	35	15	12	9	3	5
Russland	35	60	44	74	46	65	95
Staat	35	51	28	45	29	59	32
Wirtschaft	24	33	37	34	30	26	47
Demokratie	5	8	26	7	2	23	8
Entwicklung	19	40	28	35	33	25	30
Reformen	2	2	7	5	5	3	7
Krise	7	10	17	2	0	0	1
Technologie	16	39	8	18	12	0	1
Gesetz	23	35	38	17	9	22	3
Modernisierung	24	20	2	7	7	1	8
Korruption	3	11	9	1	2	1	1
Zukunft	6	83	7	16	3	6	3
Vergangenheit	4	6	2	8	5	6	5
Armee, Militär	10	7	13	17	37	3	16
Gesellschaft, sozial	33	56	40	31	26	49	37
Demographie	4	2	0	1	6	1	1
Kinder	59	12	3	0	33	4	4
Familie	7	4	2	2	13	0	3
Mensch	9	10	14	5	6	13	7
Renten	5	3	12	27	4	1	1
Wohnen	12	5	0	17	7	2	18
Bildung, Schule	26	44	32	3	14	6	26
Wissenschaft	2	11	3	15	5	5	4
Freiheit	5	1	29	4	2	31	9
»Beamte«	2	1	2	0	2	5	0
Bürokratie	0	1	3	1	2	5	0

Quelle: Angaben der Tageszeitung *Kommersant* vom 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582> und eigene Auszählung.

Tabelle 3: Sehbeteiligung bei der Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung

Gesamtrussische Werte			
Sendedatum	Kanal	Rating (%)*	Anteil (%)**
5. November 2008	Erster Kanal	2,2 %	16,6 %
	Rossija 1	2,9 %	22,1 %
12. November 2009	Erster Kanal	3,5 %	23,2 %
	Rossija 1	3,2 %	20,9 %
30. November 2010	Erster Kanal	2,7 %	17,9 %
	Rossija 1	2,1 %	13,9 %
Moskauer Wert			
05. November 2008	Erster Kanal	3,6 %	20,8 %
	Rossija 1	3,9 %	22,5 %
12. November 2009	Erster Kanal	3,1 %	18,5 %
	Rossija 1	3,3 %	19,9 %
30. November 2010	Erster Kanal	3,3 %	18,7 %
	Rossija 1	2,7 %	15,3 %

Die Angaben wurden von TNS Russland speziell für Kommersant bereitgestellt. Die Angaben von 2010 haben einen vorläufigen Charakter. Alle Zuschauer älter als 18 Jahre.

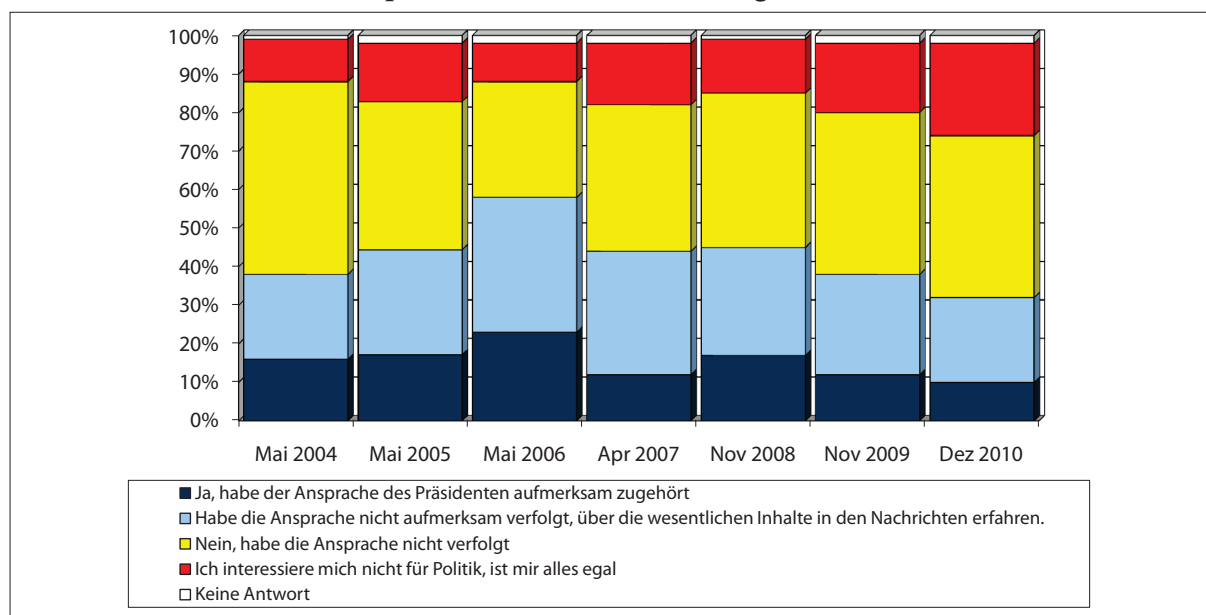
*Rating – % der Gesamtbevölkerung, die die befragte Sendung gesehen hat.

**Anteil derer, die die befragte Sendung gesehen haben, in % derjenigen, die zu diesem Zeitpunkt ferngesehen haben.

Quelle: Angaben der Zeitung Kommersant <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1550532>

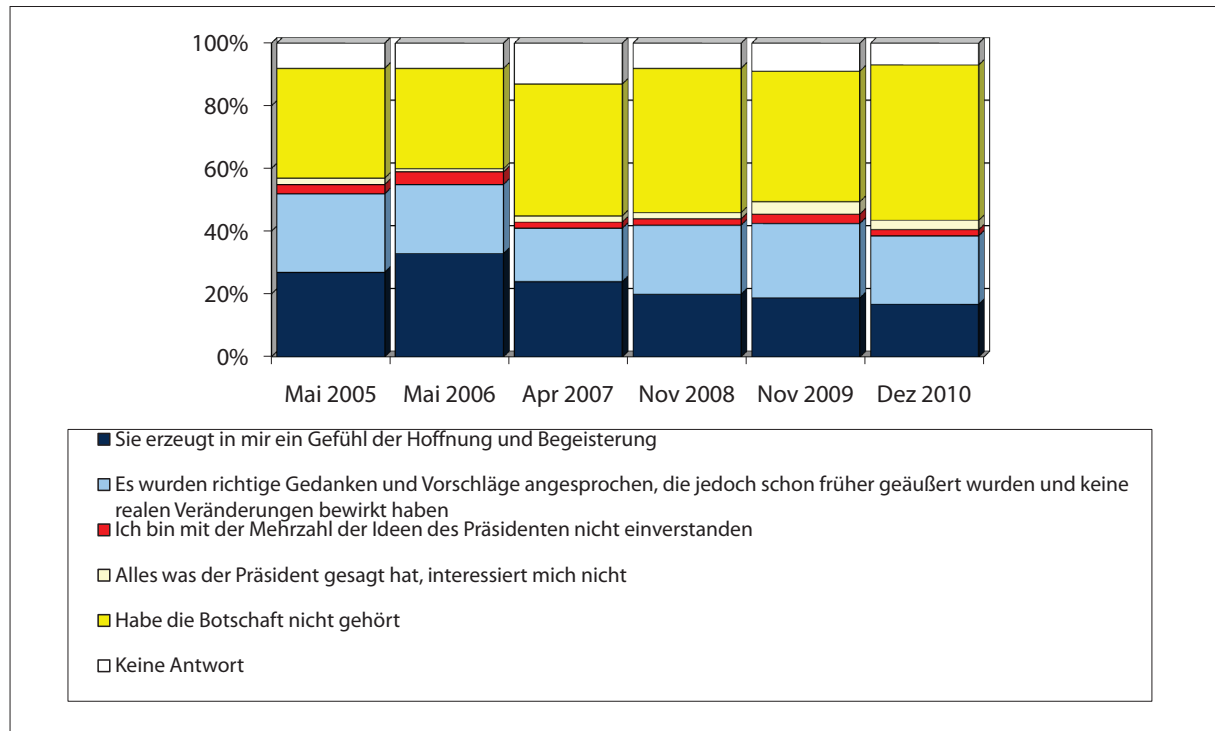
Die Botschaft des Präsidenten an die Präsidialversammlung in Umfragen

Grafik 2: Haben Sie die Ansprache des Präsidenten verfolgt?



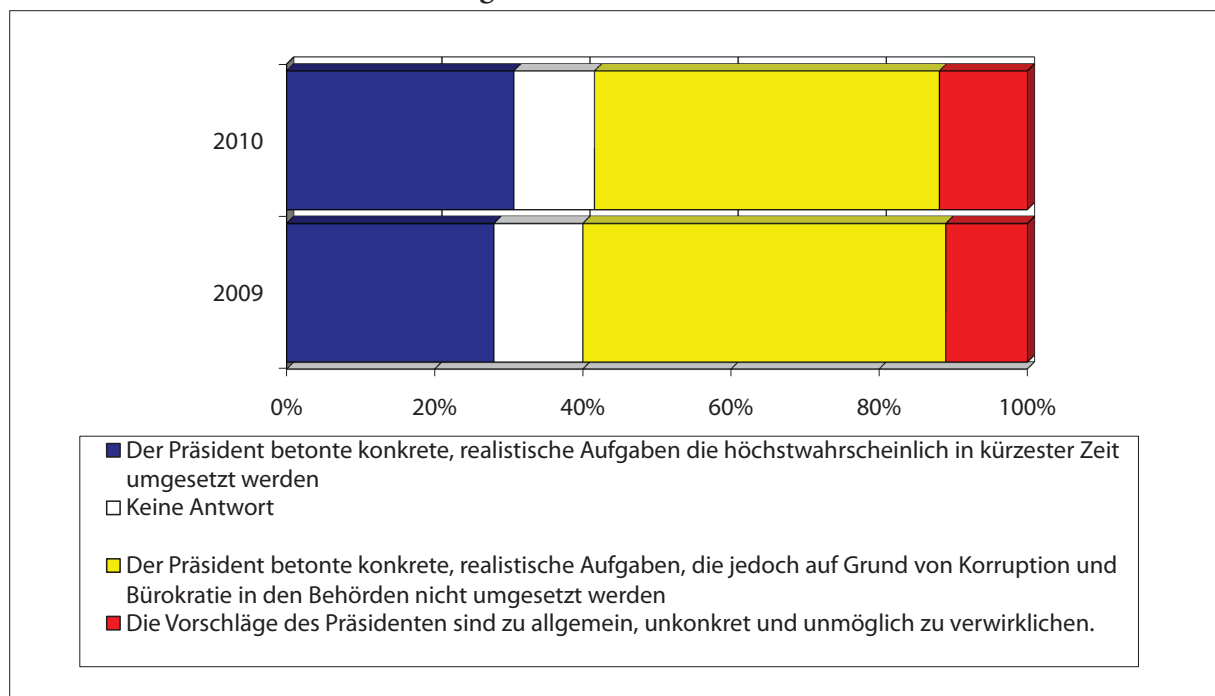
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 4.–5.12.2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111147.html>

Grafik 3: Wie bewerten sie die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung?



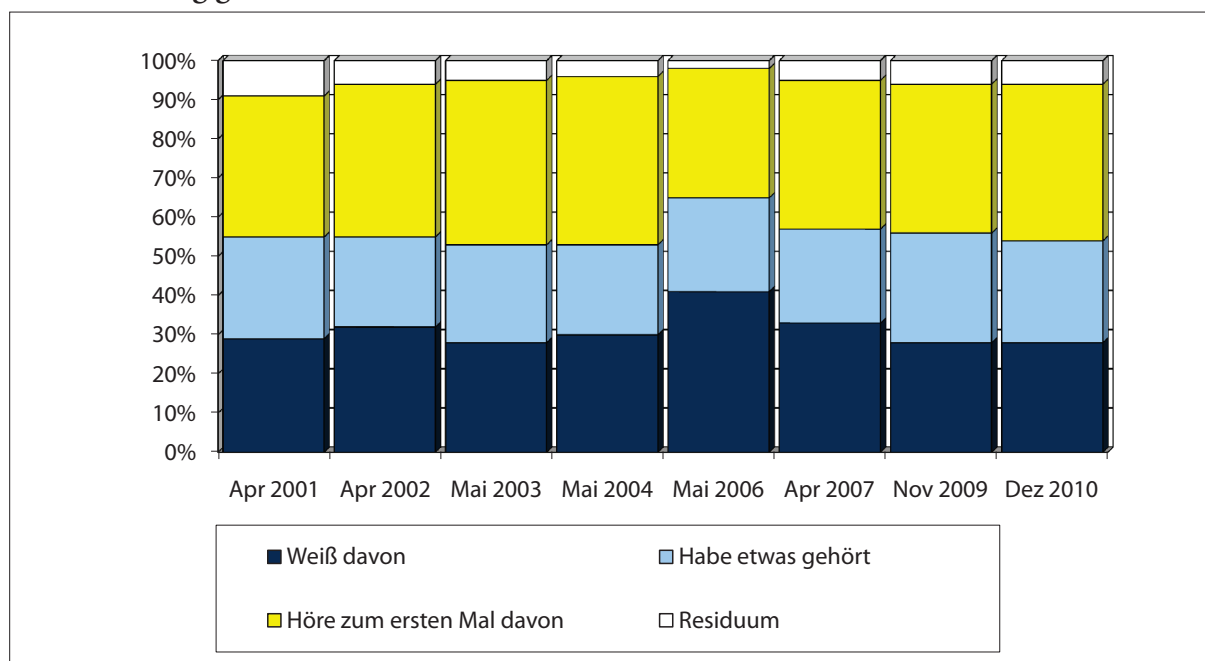
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 4.–5.12.2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111147.html>

Grafik 4: Wie realistisch sind die Aufgaben, die der Präsident in seiner Botschaft angesprochen hat, und werden diese umgesetzt werden?



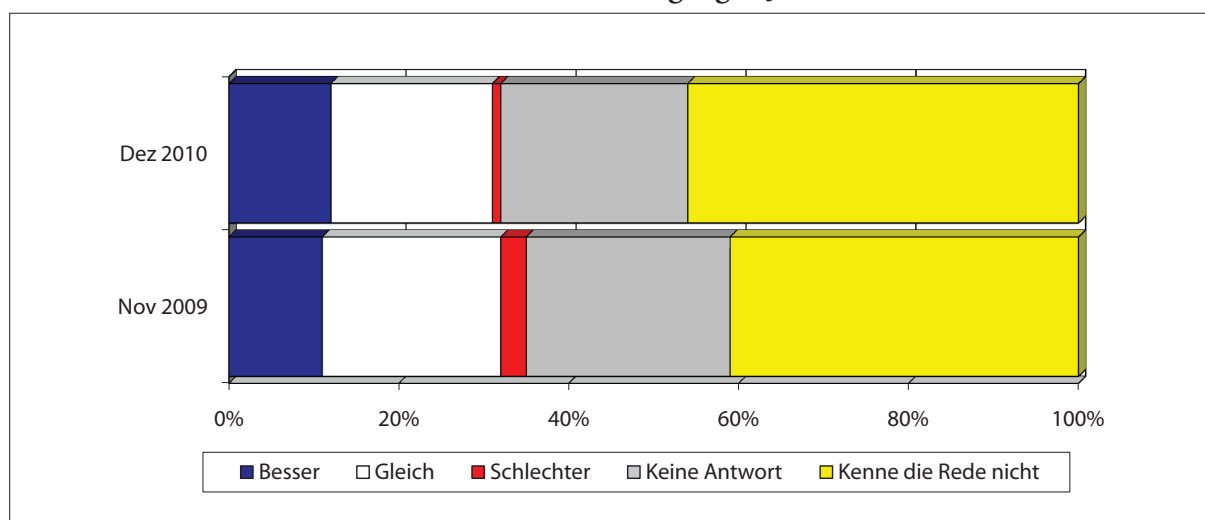
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 4.–5.12.2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111147.html>

Grafik 5: Haben Sie davon gehört, dass der Präsident seine Botschaft an die Föderalversammlung gehalten hat?



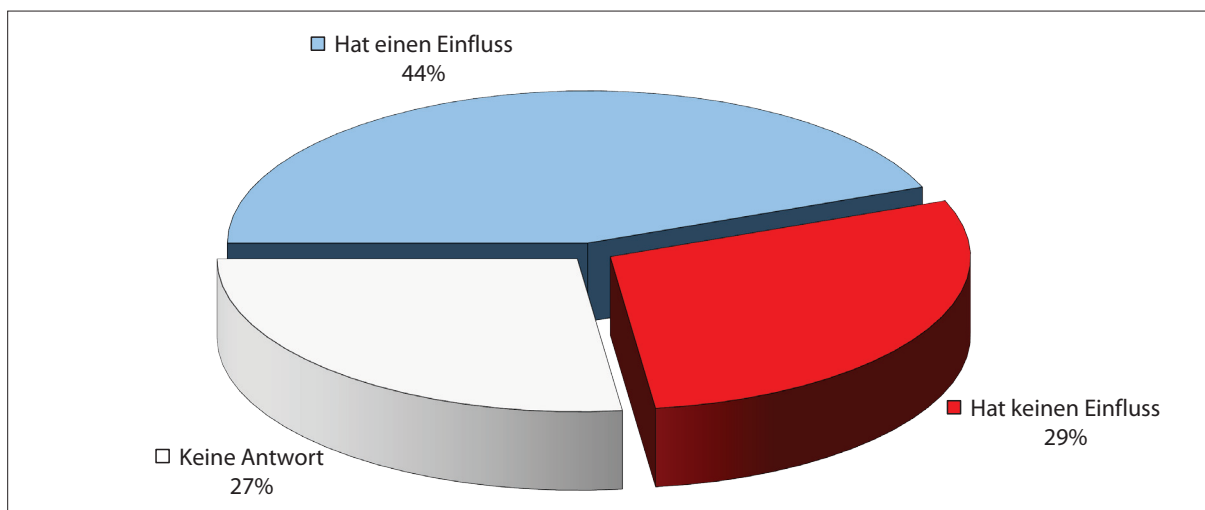
Quelle: Umfragen des FOM vom 4.–5. Dezember 2010 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1048/d104811>

Grafik 6: War die Botschaft des Präsidenten, die er am 30. November hielt, Ihrer Meinung nach besser oder schlechter als in den vergangenen Jahren?



Quelle: Umfragen des FOM vom 4.–5. Dezember 2010 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1048/d104811>

Grafik 7: Hat die Botschaft des Präsidenten Ihrer Meinung nach einen Einfluss auf das Leben im Land?



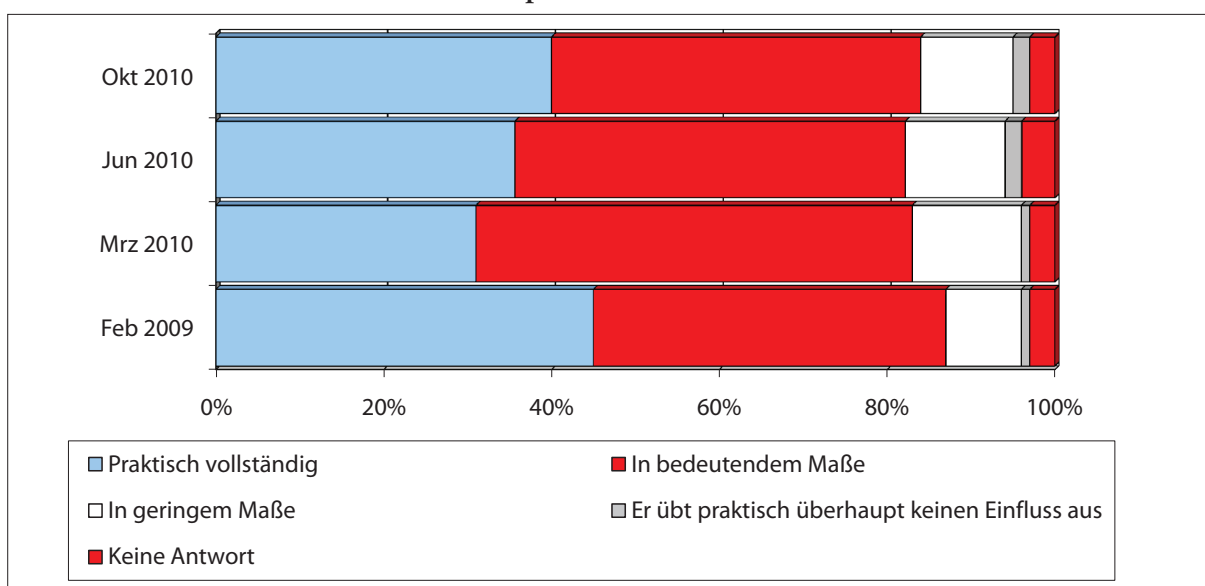
Quelle: Umfragen des FOM vom 4.–5. Dezember 2010 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1048/d104811>

UMFRAGE

Die Lage im Lande im Spiegel der Meinungsumfragen

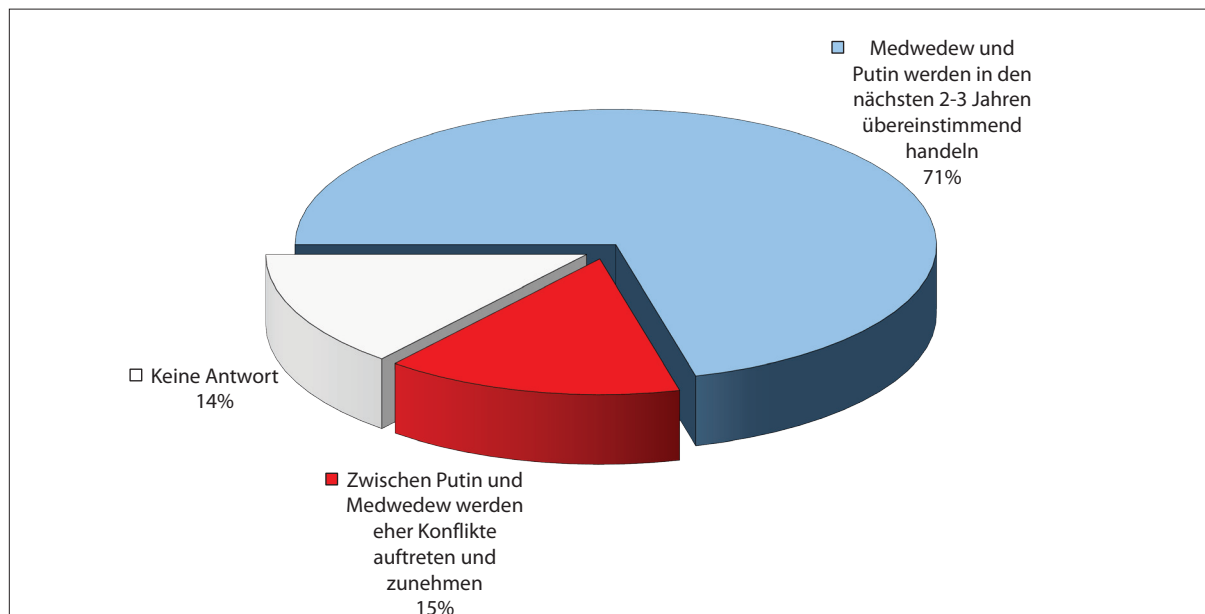
Das Tandem

Grafik 8: Hat Wladimir Putin nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt im Jahr 2008, seinen Einfluss auf das politische Leben in Russland aufrecht erhalten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010112200.html>

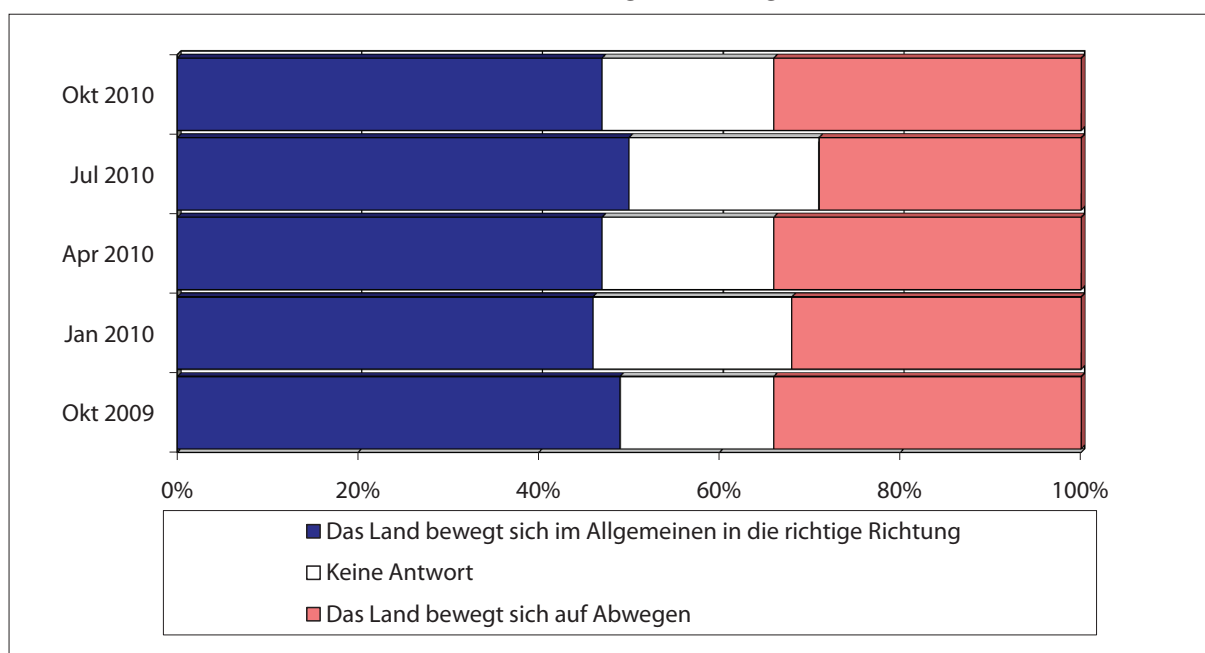
Grafik 9: Werden Medwedew und Putin in den nächsten zwei-drei Jahren kooperativ handeln?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010112200.html>

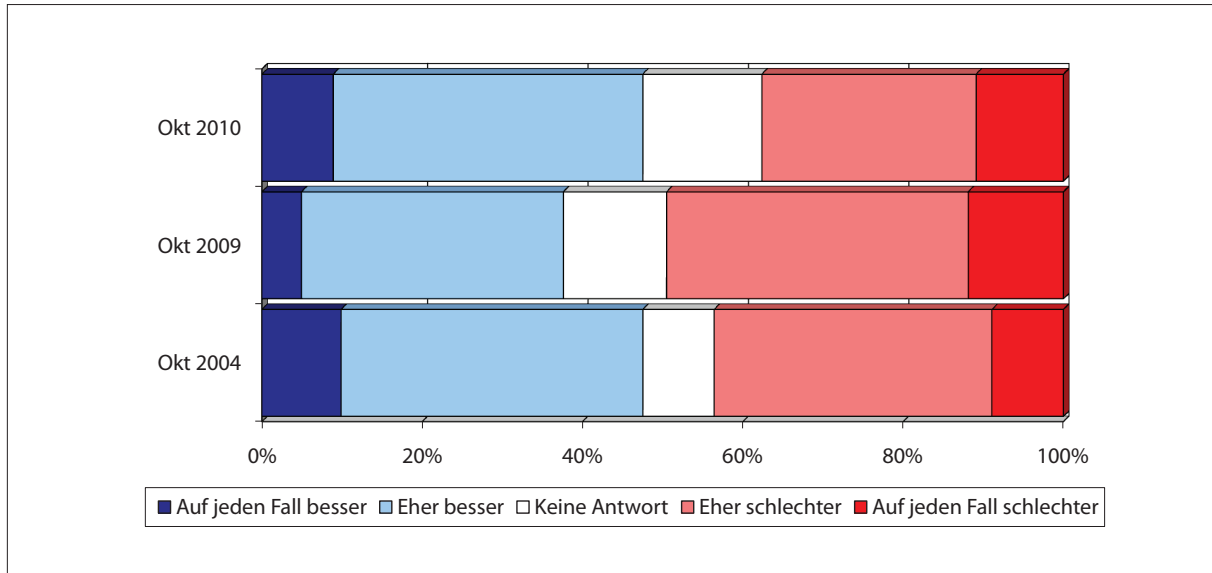
Zukunftsaussichten für Land und Leute

Grafik 10: Entwickelt sich das Land in die richtige Richtung?



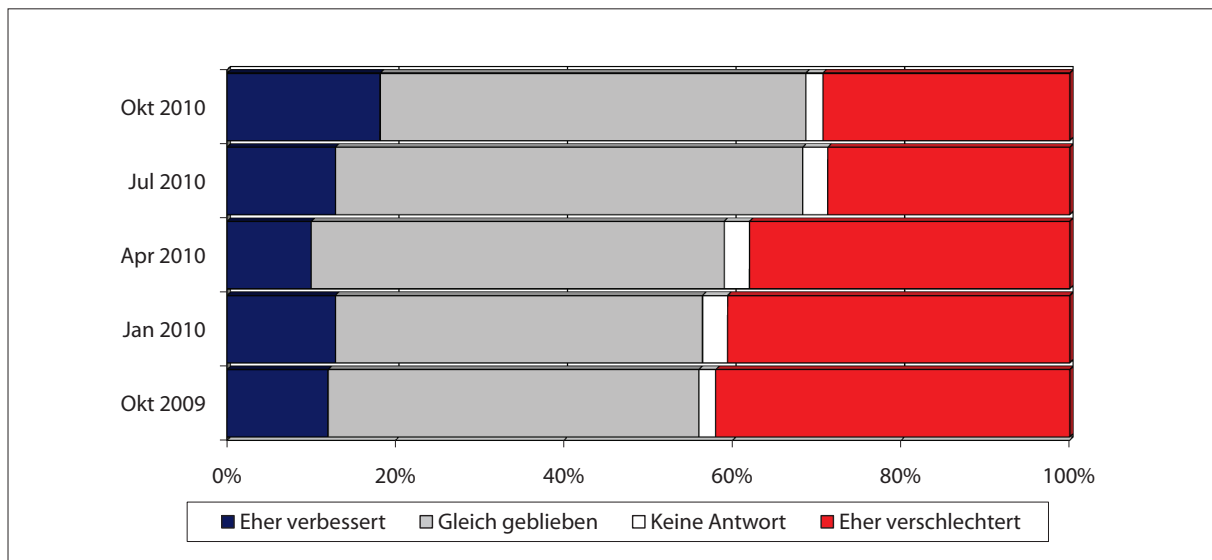
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111900.html>

Grafik 11: Wie bewerten Sie Ihre Zukunft im Vergleich zum letzten Jahr?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111900.html>

Grafik 12: Wie hat sich die materielle Lage Ihrer Familie im vergangenen Jahr verändert?



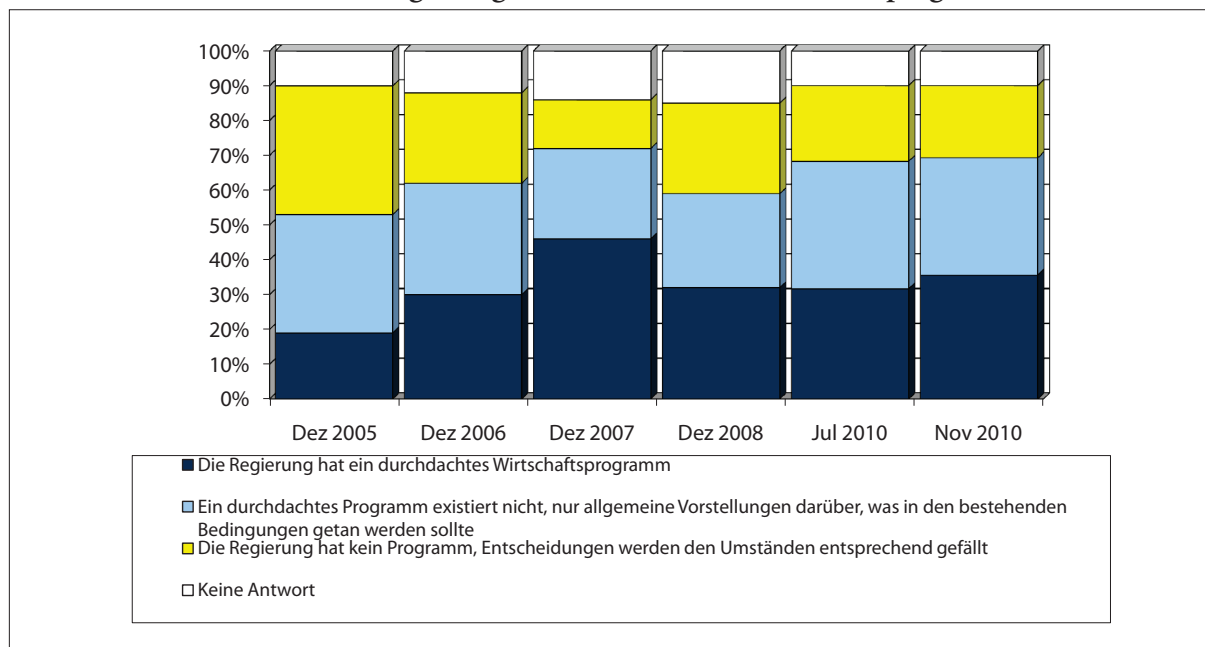
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111900.html>

Was wollen wir von der Regierung?

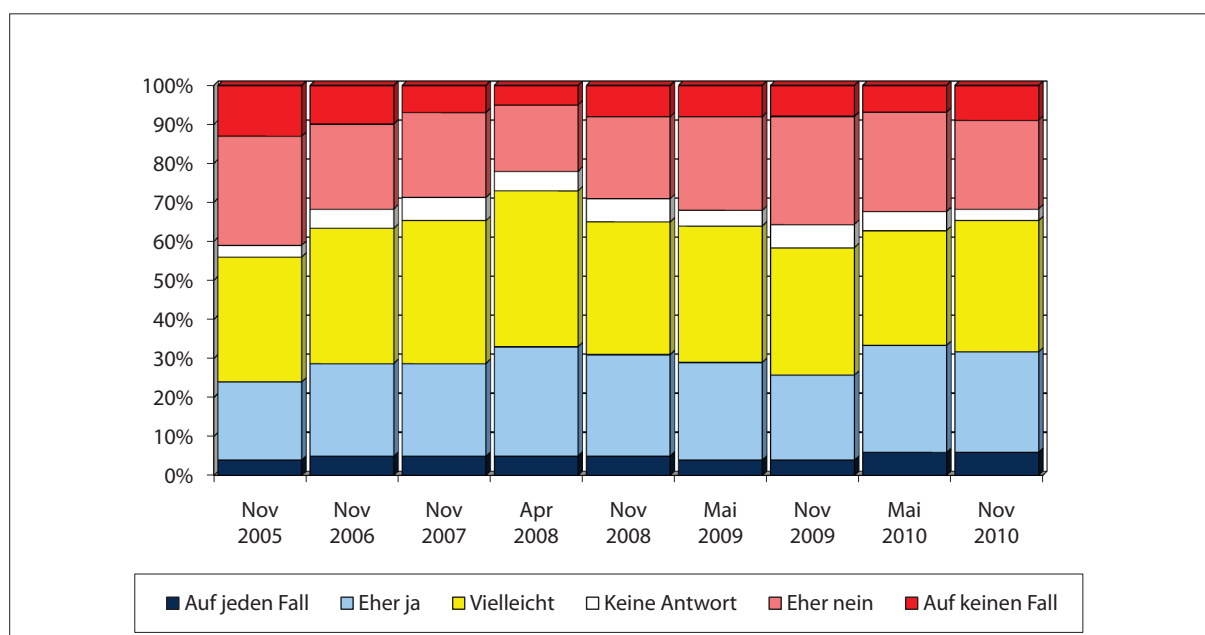
Tabelle 4: Was sind Ihre grundsätzlichen Beschwerden über die Regierung?

	Nov 1999	Jul 2000	Mai 2001	Aug 2002	Okt 2003	Nov 2004	Dez 2005	Nov 2006	Nov 2008	Nov 2009	Nov 2010
Bekommt den Preisanstieg und Einkommensrückgang der Bevölkerung nicht in den Griff.	25 %	36 %	47 %	49 %	48 %	53 %	48 %	48 %	61 %	51 %	50 %
Kümmert sich nicht um den sozialen Schutz der Bevölkerung	16 %	30 %	33 %	42 %	45 %	43 %	39 %	38 %	38 %	29 %	32 %
Kann die Menschen nicht mit Arbeit versorgen	18 %	25 %	29 %	30 %	27 %	34 %	36 %	33 %	29 %	36 %	32 %
Ist korrumpiert, handelt in erster Linie in eigenem Interesse	3 %	13 %	17 %	18 %	20 %	19 %	21 %	23 %	23 %	24 %	20 %
Kämpft nicht effektiv genug gegen Kriminalität	14 %	17 %	20 %	24 %	26 %	20 %	23 %	19 %	19 %	16 %	20 %
Bekommt die Krise in der Wirtschaft nicht in den Griff	20 %	22 %	24 %	22 %	21 %	24 %	26 %	22 %	26 %	28 %	18 %
Hat keine durchdachten Programme zur wirtschaftlichen Entwicklung der RF	14 %	23 %	16 %	21 %	15 %	18 %	22 %	18 %	15 %	19 %	15 %
Handelt im Interesse der Großunternehmen	2 %	9 %	5 %	11 %	9 %	7 %	11 %	9 %	11 %	8 %	13 %
Unfähig, die Sicherheit der Staatsbürger zu garantieren, mit den Terroristen fertig zu werden	10 %	9 %	14 %	20 %	20 %	23 %	22 %	15 %	16 %	9 %	12 %
Geringe Professionalität	3 %	7 %	5 %	10 %	7 %	8 %	9 %	7 %	7 %	6 %	9 %
Kann keine Stabilität im Nordkaukasus gewährleisten		14 %	14 %	21 %	9 %	12 %	13 %	8 %	8 %	6 %	9 %
Handelt im Interesse des ausländischen Kapitals	2 %	4 %	2 %	6 %	5 %	3 %	6 %	6 %	6 %	4 %	5 %
Anderes	3 %	4 %	4 %	4 %	6 %	4 %	5 %	9 %	9 %	5 %	5 %
Keine Vorwürfe gegen die Regierung	24 %	9 %	8 %	8 %	7 %	5 %	6 %	7 %	7 %	12 %	10 %
Keine Antwort	18 %	6 %	8 %	3 %	5 %	3 %	3 %	6 %	4 %	5 %	5 %

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom 19.–22. November 2010 <http://www.levada.ru/press/2010120902.html>

Grafik 13: Hat die russische Regierung ein durchdachtes Wirtschaftsprogramm?


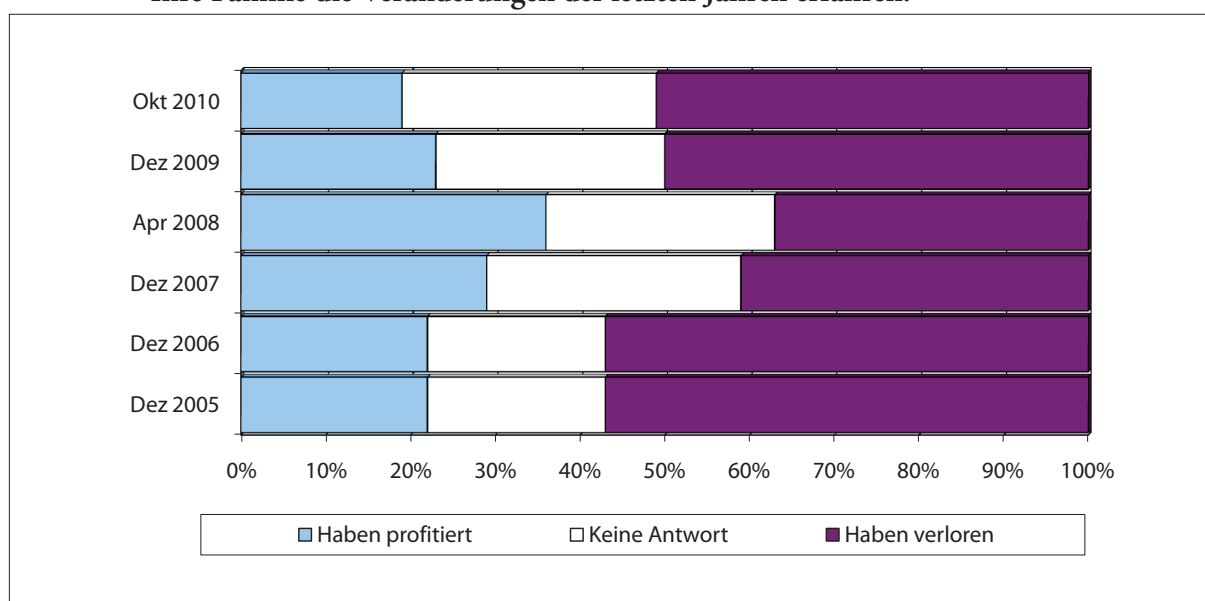
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. November 2010 <http://www.levada.ru/press/2010120902.html>

Grafik 14: Kann die aktuelle Regierung in absehbarer Zeit eine Verbesserung der Situation im Land erreichen?


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. November 2010 <http://www.levada.ru/press/2010120902.html>

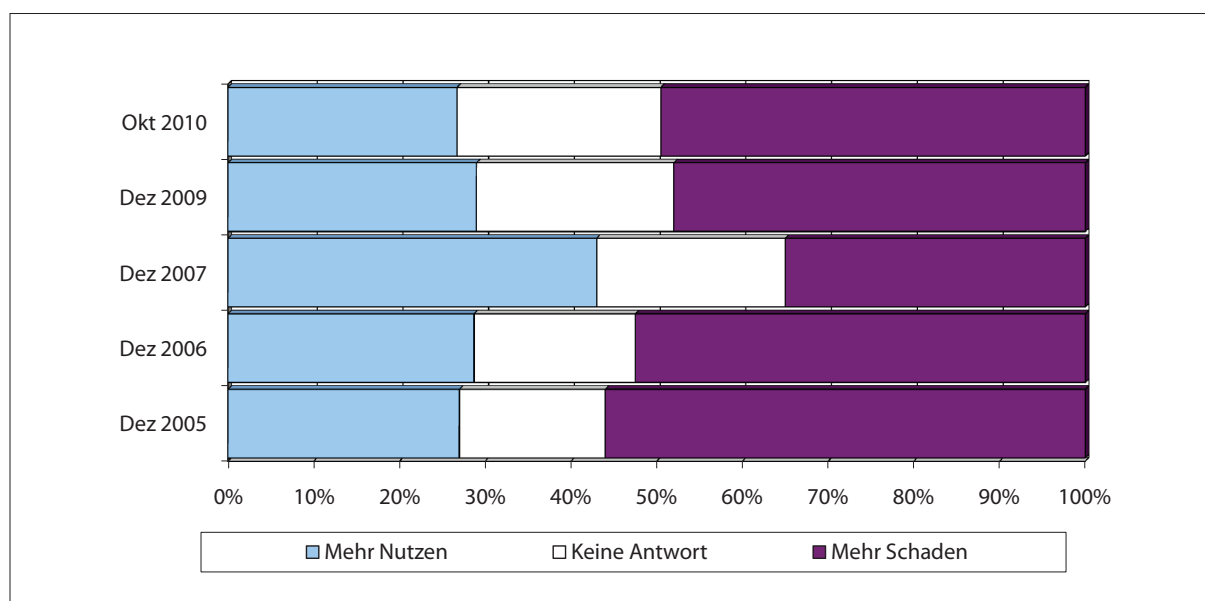
Die Systemwende von 1992 in der Rückschau

Grafik 15: Unter Berücksichtigung aller Folgen der Marktreaktionen seit 1992, haben Sie oder Ihre Familie die Veränderungen der letzten Jahren erfahren?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010112402.html>

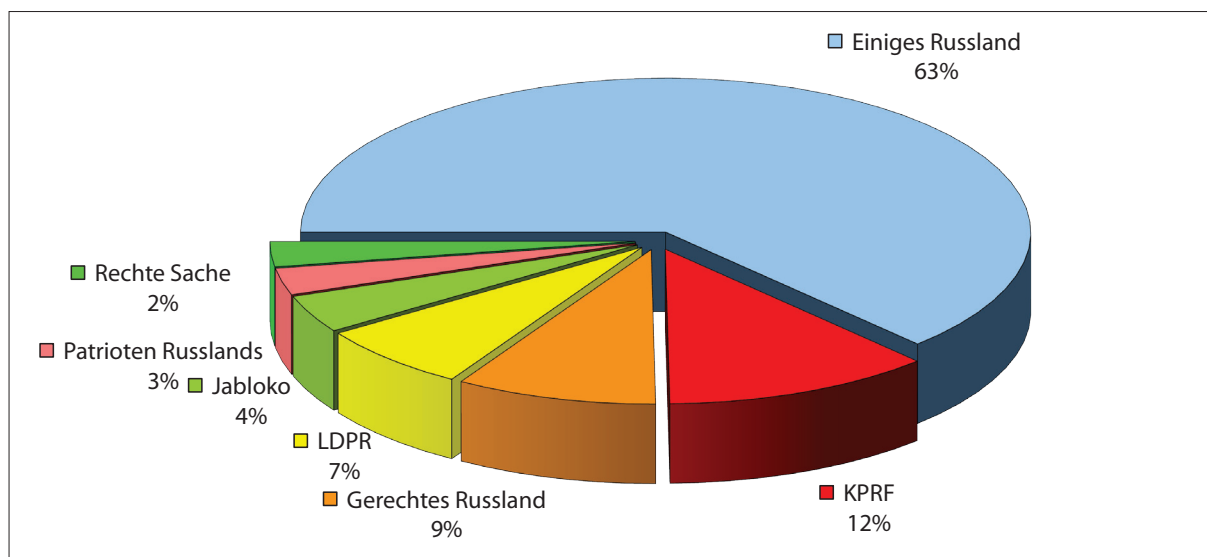
Grafik 16: Haben die Wirtschaftsreformen seit 1992 eher Nutzen oder eher Schaden gebracht?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010112402.html>

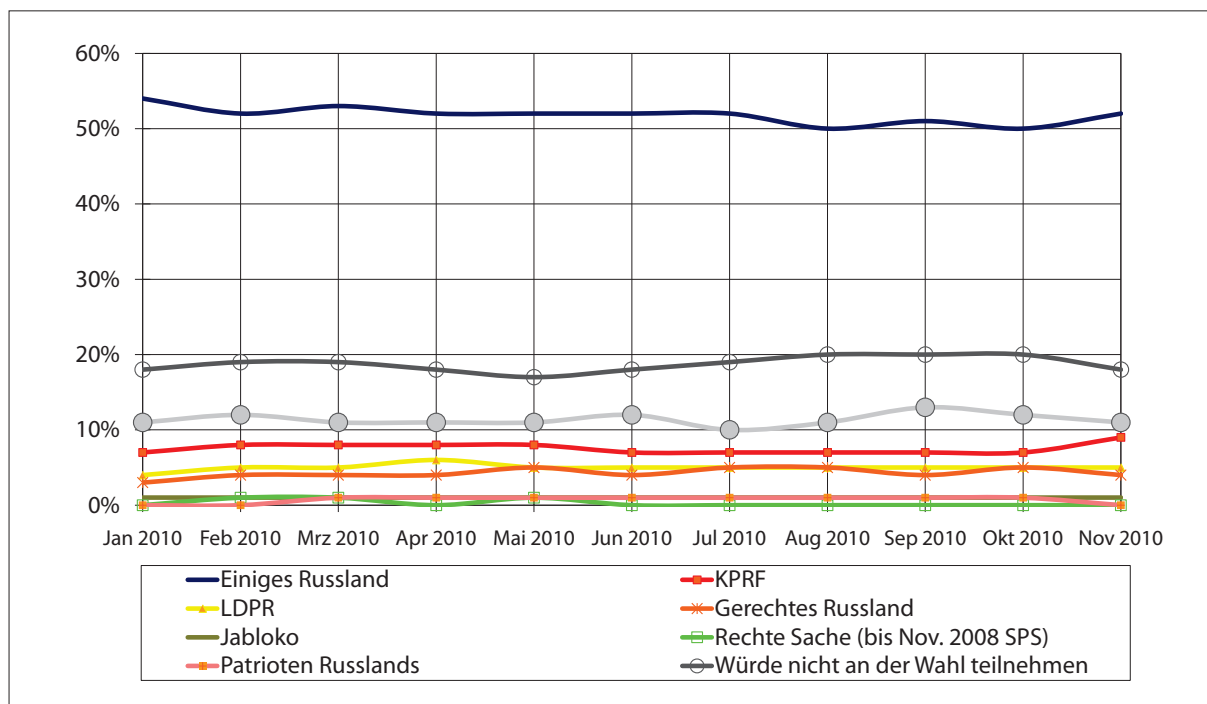
Die erste Prognose zu den Dumawahlen im Dezember 2011

Grafik 17: Prognose des WZIOM, November 2010



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 6.–7. November 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13991.html>, bzw. <http://wciom.ru/index.php?id=195&uid=13991>

Grafik 18: Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 6.–7. November 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13991.html>, bzw. <http://wciom.ru/index.php?id=195&uid=13991>

Tabelle 5: Für welche der folgenden Parteien würden sie am ehesten wählen, wenn am kommenden Sonntag Wahlen zur Staatsduma wären? (Geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)

	Januar 2010	Februar 2010	März 2010	April 2010	Mai 2010	Juni 2010
Einiges Russland	54 %	52 %	53 %	52 %	52 %	52 %
KPRF	7 %	8 %	8 %	8 %	8 %	7 %
LDPR	4 %	5 %	5 %	6 %	5 %	5 %
Gerechtes Russland	3 %	4 %	4 %	4 %	5 %	4 %
Jabloko	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Rechte Sache (bis Nov. 2008 SPS)	0 %	1 %	1 %	0 %	1 %	0 %
Patrioten Russlands	0 %	0 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Würde nicht an der Wahl teilnehmen	18 %	19 %	19 %	18 %	17 %	18 %
Keine Antwort	11 %	12 %	11 %	11 %	11 %	12 %

	Juli 2010	August 2010	September 2010	Oktober 2010	November 2010
Einiges Russland	52 %	50 %	51 %	50 %	52 %
KPRF	7 %	7 %	7 %	7 %	9 %
LDPR	5 %	5 %	5 %	5 %	5 %
Gerechtes Russland	5 %	5 %	4 %	5 %	4 %
Jabloko	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Rechte Sache (bis Nov. 2008 SPS)	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
Patrioten Russlands	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %
Würde nicht an der Wahl teilnehmen	19 %	20 %	20 %	20 %	18 %
Keine Antwort	10 %	11 %	13 %	12 %	11 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 6.–7. November 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13991.html>, bzw. <http://wciom.ru/index.php?id=195&uid=13991>

Tabelle 6: Welche Parteien aus der folgenden Liste würden Sie unter keinen Umständen bei den Wahlen zur Staatsduma 2011 wählen? (geschlossene Frage, beliebige Antwortmöglichkeiten, in % derer, die beabsichtigen, an den Wahlen teilzunehmen)

	2007	2010
LDPR	41 %	40 %
Jabloko	37 %	35 %
KPRF	42 %	34 %
Rechte Sache	-	19 %
Patrioten Russlands	19 %	14 %
Gerechtes Russland	16 %	11 %
Einiges Russland	10 %	10 %
Keine Antwort	28 %	23 %

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 6.–7. November 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13991.html>, bzw. <http://wciom.ru/index.php?id=195&uid=13991>

Tabelle 7: Welche Parteien überwinden Ihrer Meinung nach die 7%-Hürde bei den Wahlen zur Staatsduma 2011? (geschlossene Frage, beliebige Antwortmöglichkeiten, in % derer, die beabsichtigen, an den Wahlen teilzunehmen)

	2007	2010
Einiges Russland	79 %	82 %
KPRF	40 %	48 %
LDPR	37 %	42 %
Gerechtes Russland	35 %	31 %
Jabloko	7 %	5 %
Patrioten Russlands	8 %	4 %
Gerechtes Russland	-	3 %
Keine Antwort	15 %	13 %

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 6.–7. November 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13991.html>, bzw. <http://wciom.ru/index.php?id=195&uid=13991>

Warum der Kreml Lukaschenko nicht fallen lässt

Russlands Belaruspolitik vor den Präsidentenwahlen

Jarosław Ćwiek-Karpowicz, Warschau

Zusammenfassung

Die Führung in Moskau ist der Überzeugung, dass eine weitere Unterstützung Alexander Lukaschenkos vor den Präsidentenwahlen russischen Interessen nicht mehr dient. Die Entmachtung des Präsidenten wird nicht mehr als Bedrohung sondern eher als eine wesentliche Chance betrachtet, die politischen und wirtschaftlichen Einflüsse in Belarus zu stärken.

Einleitung

Die jüngsten Maßnahmen der russischen Regierung gegenüber Lukaschenkos Regime erwecken den Eindruck, dass es Moskau auf ein angespanntes Verhältnis mit Minsk anlegt. Der harte Kurs Russlands war bereits zum Jahresanfang erkennbar, als sich Belarus mit den neuen Zollbarrieren für russisches Erdöl einverstanden erklären musste und das trotz der bestehenden Zollunion. Lukaschenkos Bemühungen, mit Gegendruck zu reagieren – durch Verzögerungen der Ratifizierung eines gemeinsamen Zollgesetzes zur Etablierung einer Zollunion mit Russland und Kasachstan sowie durch einen Erdölliefervertrag mit Venezuelas Präsidenten Hugo Chavez –, änderte nichts an der Haltung der russischen Führung. Einige Wochen vor dem geplanten Beginn der Zollunion drohte der russische Ministerpräsident Wladimir Putin, den GUS-Bereich ohne Belarus zu integrieren. Druck auf Lukaschenko sollte im Vorfeld der geplanten Unterzeichnung der Zollunion auch die seitens Russlands provozierte Gaskrise ausüben. Unter Verweis auf die Schulden von Belarus entschied der russische Energiekonzern Gazprom im Juni, seine Gaslieferungen einzuschränken. Der Konflikt wurde jedoch ziemlich rasch beendet, als sich zeigte, dass auch die russische Seite gegenüber ihren Geschäftspartnern in Belarus Außenstände hatte.

Russischer Druck

Die Situation eskalierte, als das russische staatliche Fernsehen einen mehrteiligen Dokumentarfilm ausstrahlte, in dem die Person von Alexander Lukaschenko in einem negativen Licht dargestellt wurde. Der Präsident von Belarus erschien dort als ein die absolute Macht anstrebender Psychopath, der zahlreiche Geliebte und zwei uneheliche Kinder hat, sich mit korrupten Leuten umgibt und für zahlreiche politische Morde verantwortlich zeichnet. Als Antwort auf die russische Kampagne sendete das staatliche Fernsehen in Belarus ein Interview mit Georgiens Präsident Micheil Saakaschwili, in dem umfangreiche Anklagen gegen die russischen Machthaber erhoben wurden. Dazu veröffentlichte die

Regierungszeitung von Belarus Auszüge eines Berichtes russischer Dissidenten, der die gegenwärtige russische Regierung kritisierte.

Kritik an der Person Lukaschenkos äußerte auch der russische Präsident Dmitri Medwedew. Anfang Oktober warf er ihm antirussische Rhetorik und das Nichteinhalten von Zusagen vor, zugleich aber erklärte er die russische Bereitschaft, das strategische Bündnis mit Belarus aufrechtzuerhalten. Medwedew erinnerte auch daran, dass Lukaschenko bei dem Gipfeltreffen der GUS von der baldigen Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Ossetien gesprochen habe, zu der es aber bis heute nicht gekommen sei. Die Aussagen Medwedews in seinem Videoblog erinnerten an frühere Statements vor den Präsidentenwahlen in der Ukraine. Der russische Präsident kritisierte damals Wiktor Juschtschenko und sein Streben nach Wiederwahl und drohte bis zur Bildung einer neuen Regierung (in den Umfragen führten damals Wiktor Janukowytsch und Julia Timoschenko), die Kontakte zur ukrainischen Präsidialverwaltung abubrechen.

Die harte, manchmal auch provokative Politik Russlands gegenüber Belarus lässt über die politische Motivation des Kremls nachdenken. Ist es Russlands Absicht, vor den Präsidentenwahlen in Belarus am 19. Dezember 2010 Lukaschenko unter Druck zu setzen, um ihn zu politischen (z. B. Anerkennung Abchasiens und Nordossetiens) oder wirtschaftlichen (z. B. Übernahme der Aktienmehrheit der Raffinerie in Nowopolozk) Zugeständnissen zu drängen? Oder geht es um seine Entfernung von der Macht?

Moskaus Motive

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise waren für Russland schmerzhaft. Der Absturz der Erdölpreise im Herbst 2008 verursachte einen Exportrückgang und den Abzug ausländischen Kapitals. Nach Jahren guter Konjunktur brach das russische Bruttoinlandsprodukt um mehr als acht Prozent ein. Um das Haushaltsdefizit zu decken, sah sich die Regierung gezwungen, nicht nur die vorher eingesparten Überschüsse anzugreifen, sondern auch die

staatlichen Auslandsschulden zu vergrößern. Die globale Krise hatte auch einen negativen Einfluss auf die bereits hoch verschuldeten russischen Unternehmen.

Selbst die Stabilisierung der Erdölpreise gegen Ende 2008 hat diesbezügliche Sorgen nicht ganz zerstreut. Im Zusammenhang mit dem Rückgang des Gasverbrauchs und dem durch die shale-gas-Produktion in den USA ausgelösten Überangebot, verzeichnete der russische Erdgaskonzern Gazprom rückläufige Einnahmen. Die Gasförderung fiel von 550 Mrd. m³ auf 462 Mrd. m³ und der Export nach Europa verringerte sich von 165 Mrd. m³ auf 153 Mrd. m³. Da Gazprom auf das wachsende Angebot von Flüssiggas auf dem Spotmarkt auch nicht mit einer flexiblen Preispolitik reagierte, verlieren die russischen Erdgaslieferungen innerhalb der EU Marktanteile.

Die seit zwei Jahren andauernde schwierige Wirtschaftslage führte dazu, dass sich der Kreml bei Vorzugsbedingungen für Rohstofflieferungen an seine nahen Verbündeten immer vorsichtiger verhielt. Der Kapitalmangel lenkte das Interesse der russischen Machthaber von geopolitischen auf wirtschaftliche Aspekte um, was sich im Entwurf zu einer neuen Doktrin der russischen Außenpolitik niederschlug, die in der russischen »Newsweek« im Mai 2010 veröffentlicht wurde. Das Dokument, das die Staatsmacht absichtlich in die Presse hatte durchsickern lassen, sollte signalisieren, dass Russland sich von nun an mehr durch ökonomische denn durch geostrategische Motive lenken lassen wolle. Eine Bestätigung dieser Strategie gab Außenminister Sergei Lawrow in seiner Rede zur Eröffnung des akademischen Jahrs am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), in der er erklärte, dass sich die Ziele russischer Außenpolitik nach den Wirtschaftsinteressen des Staates richten müssen. Zum gleichen Zeitpunkt verkündete der Gazprom-Finanzvorstand Andrei Kruglow, dass der Gaspreis für Belarus, Moldawien und Armenien ab dem nächsten Jahr auf das sog. europäische Niveau ansteigen wird, d. h. das jegliche Subventionierung entfällt.

Dank seiner geografischen Lage spielte Belarus seit vielen Jahren eine wichtige Rolle in der russischen Außenpolitik. Neben seiner Funktion als Schutzwall für das westrussische Grenzgebiet nahm es eine Schlüsselposition im Export von russischen Energierohstoffen ein, da zentrale Transitpipelines durch das Land laufen. Die Ostsee-Pipeline für Erdgas sowie die Erdölpipeline BTS 2 wird Russland aber schon bald eine Belieferung des EU-Marktes unter Umgehung von Belarus (und auch der Ukraine) ermöglichen. Damit wird Belarus zu einem einfachen Abnehmer für russisches Erdöl und Erdgas wie die restlichen Länder Mitteleuropas und damit seine privilegierte Stellung einbüßen.

Der über Jahre andauernde Import billiger russischer Rohstoffe führte dazu, dass Belarus energieintensive Produktionstechniken verwandte und verschwenderisch mit Energie umging. Für Russland wird es deshalb wichtig sein, nicht zuzulassen, dass sich Belarus nach anderen Energiequellen umsieht, sondern sich durch die Übernahme weiterer Energieunternehmen in Belarus einen privilegierten Zugang zum benachbarten Exportmarkt zu sichern. Raffinerien und Stromproduzenten in Belarus können für das über billige Rohstoffe verfügende Russland sehr attraktiv sein, umso mehr, da sie sich in größerer Nähe zum EU-Markt befinden.

Die Antwort aus Minsk

Lukaschenko ist sich darüber im Klaren, dass die Öffnung des Energiesektors für russisches Kapital für ihn einen Machtverlust bedeuten kann. Die zwei größten vom Staat kontrollierten Raffinerien in Mosyr und Nowopolozk unterstützen die ertragsschwachen Wirtschaftssektoren des Landes und billige russische Erdgaslieferungen sind die Hauptenergiequelle für die Industrie. Russische Preiserhöhungen stellen deshalb die wirtschaftliche Entwicklung von Belarus in Frage. In Reaktion auf russischen Druck wurde in Belarus ein Plan zum Abbau der Abhängigkeit von russischen Rohstoffen entwickelt.

Entgegen der Skepsis vieler Ökonomen, die die Möglichkeit einer Diversifizierung der Energieversorgung von Belarus anzweifeln, bezieht das Land schon seit Mai 2010 Erdöl aus Venezuela. Darüber hinaus werden Lieferverhandlungen mit dem Iran und Kasachstan geführt. Die Regierung von Belarus verhandelt auch mit Litauen über die Bedingungen des Baus und Betriebs eines gemeinsamen Terminals für Flüssiggas an der Ostsee, an dem Gas aus der ganzen Welt angeliefert werden kann. Es sei betont, dass in der Zeit der Finanzkrise Belarus nicht nur von Russland unterstützt wurde. Die weißrussische Verschuldung, die zurzeit 9,5 Milliarden Dollar beträgt, wird auch durch China, Venezuela, die Weltbank und den IWF gedeckt. Die Regierung in Minsk setzt große Hoffnung auf die gerade angeschobenen chinesischen Investitionsprogramme in Höhe von über 10 Milliarden Dollar. Zudem wurde eine allmähliche Wirtschaftsliberalisierung begonnen, die westliche Investoren anziehen soll.

Lukaschenkos Politik fängt an, Russlands politischen und wirtschaftlichen Interessen zu schaden. Sogar die von Russland mit Nachdruck angestrebte Einrichtung einer Zollunion verspricht keine Erfolge in Form vermehrter ausländischer Investitionen, die normalerweise zu dem größten Staat des Unionsgebiets strömen. Die Zollunion sowie die stockenden Verhandlungen um den Beitritt von Belarus zur Welthandelsorganisa-

tion (WTO) wirken sich auch negativ auf die russische Mitgliedsperspektive aus.

Gleichzeitig, nach dem Wahlsieg von Janukowytsch in der Ukraine, baut Russland seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss am Dnjepr wieder auf. Zum Zeitpunkt der letzten russisch-belarussischen Gaskrise bot Präsident Janukowytsch Moskau die Nutzung der ukrainischen Infrastruktur sowie die Übernahme von Gaslieferungen an die EU-Staaten an, die früher über das weißrussische Netz befördert wurden. Auch in der Frage der Erdöllieferung von Venezuela nach Belarus über den Hafen in Odessa betreiben die Machthaber in Kiew eine russlandloyale Politik: Anstelle der Nutzung ihrer Pipeline bieten sie Belarus den viel teureren Bahntransport an.

Wechsel des Szenarios

Die Verschärfung der russischen Politik gegenüber Belarus erscheint als typische Strategie, um Lukaschenkos Regime vor den Präsidentschaftswahlen schwächen und zu Konzessionen zu zwingen. Lukaschenko, der auf Unterstützung von außen angewiesen ist, neigte bisher in solchen Fällen dazu, Moskau sowohl politisch als auch wirtschaftlich Konzessionen zu machen.

Seit vielen Jahren ist er sich darüber im Klaren, dass seine Person für Russland den bestmöglichen Garant dafür darstellt, dass sein Land außerhalb der euroatlantischen Strukturen bleibt – aufgrund seiner undemokratischen Machtausübung. Die westlichen Staaten, die von dieser doppelten Abhängigkeit wohl wussten, versuchten deshalb nicht, die Krise zwischen Russland und Belarus zur Stärkung ihres politischen Einflusses zu nutzen. Sie nahmen an, dass ihre Einmischung die Zementierung der autoritären Machtausübung begünstigt und damit die Chancen eines Demokratisierungsprozesses in Belarus mindert.

Die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen sowie der Verzicht von EU und NATO auf eine rasche Ausweitung führen zu der Annahme, dass Lukaschenko als Garant für den russischen Einfluss auf Belarus nicht mehr notwendig ist. Mehr noch, seine emanzipatorische Politik scheint den russischen Interessen immer stärker zuwiderzulaufen. Die Entwicklung gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Interessen mit der Ukraine dagegen überzeugt die Kremlführung, dass sie ihre eigenen Interessen auch sichern kann, ohne autoritäre Regime unterstützen zu müssen. Im Fall von Belarus ist eine derartige Annahme besonders realistisch,

da sich Russland mit diesem Land auf kultureller und sozialer Ebene stark verbunden fühlt. Es scheint also immer wahrscheinlicher, dass eine Entmachtung Lukaschenkos für Russland keine Bedrohung, sondern eine Chance für die Stärkung des eigenen politischen und wirtschaftlichen Einflusses in Belarus darstellt.

Die Unterstützung der »letzten Diktatur in Europa« lohnt sich für Russland nicht mehr. Im Fall einer Wahlfälschung in Belarus könnten sowohl Russland als auch der Westen ihre Anerkennung für das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen verweigern. Möglich scheint auch, dass sich ein Teil der Eliten von Belarus, zu denen die sogenannten Technokraten rund um den Ministerpräsidenten Sjarhej Sidorski gehören, vom Kreml überzeugen lässt, dass Belarus ohne Lukaschenko Vorteile aus der verbesserten Zusammenarbeit mit Russland ziehen kann. Umso mehr, da zum Jahresanfang, das heißt gleich nach den Wahlen, eine Preiserhöhung für russische Erdöl- und Erdgaslieferungen ansteht.

Die mögliche politische Destabilisierung in Belarus, die aus der Nichtanerkennung des Wahlergebnisses und möglichen Protestaktionen der Opposition erwachsen könnte, wird nach einer entsprechenden Reaktion der EU verlangen. Die EU, die aus der Erfahrung mit den Gesprächen am Runden Tisch im Kontext der »Orangen Revolution« in der Ukraine Konsequenzen gezogen hat, sollte dieses Mal einstimmig auftreten und schnell auf die instabile politische Situation reagieren. Schon bald kann sich Belarus als ein Test für die auswärtige Politik der EU erweisen – für die außen- und sicherheitspolitischen Vertreter der EU mit Catherine Ashton an der Spitze und für den im November eingesetzten neuen EU-Botschafter.

Die Erfahrung der »Orangen Revolution« zeigt, dass die Unterstützung einer demokratischen Opposition, die eine Integration mit dem Westen ankündigt, nicht unbedingt auf direktem Weg zur Mitgliedschaft in der EU oder NATO führen muss. Im Fall einer politischen Veränderung in Belarus sollte man sich auf die Modernisierung des Landes und die Weiterführung der konditionalen Politik konzentrieren, die EU-Finanzhilfen und weitere damit zusammenhängende Unterstützungsmaßnahmen an die Effektivität koppelt, mit der notwendige soziale und wirtschaftliche Reformen durchgeführt werden. Nur eine gut funktionierende Demokratie und freie Marktwirtschaft können eine Stabilisierung an der Ostgrenze der EU garantieren.

Übersetzung aus dem Polnischen: Joanna Rzepa

Über den Autor:

Dr. Jarosław Ćwiek-Karpowicz ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Polnischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten (PISM). Demnächst erscheint sein Buch zur Evolution der politischen Eliten Russlands 2000–2008.

ANALYSE

Freunde oder Feinde?

Entwicklung im Verhältnis zwischen Russland und Belarus

Matthew Frear, Birmingham

Zusammenfassung

Am Vorabend der belarussischen Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2010 haben sich die Beziehungen zwischen Minsk und Moskau spürbar verschlechtert. Die bekannten Energiekonflikte zwischen Russland und Belarus wurden durch einen sehr öffentlichen Informationskrieg ergänzt, der in den Medien beider Länder ausgetragen wird. Der langjährige Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, kann sich nicht mehr auf die politische Rückendeckung durch Russland verlassen; der Kreml unterstützt allerdings – soweit dies zu überschauen ist – noch keinen Gegenkandidaten.

Rhetorik und Realität der Integration

Der Unionsvertrag, der Belarus und Russland vereinen sollte, feierte 2009 sein zehnjähriges Bestehen. Obwohl das vergangene Jahrzehnt eine ganze Reihe hochrangiger Treffen voller euphorischer Rhetorik sah, hat sich diese verquere Union als Totgeburt erwiesen. Das asymmetrische Machtverhältnis zwischen den beiden Staaten ist für Lukaschenko nicht akzeptabel, während die russischen Präsidenten beginnend mit Boris Jelzin keinerlei Intentionen erkennen ließen, Belarus als gleichberechtigten Partner zu behandeln. Pläne für eine Währungsunion wurden praktisch aufgegeben, die belarussische Währung ist seit 2008 – statt an den russischen Rubel – an den US-Dollar gebunden. Verhandlungen über einen Verfassungsakt, der die rechtliche Grundlage für einen wirklichen Unionsstaat legen würde, sind festgefahren. Heute ist die Integrationsrhetorik kaum mehr als ein PR-Projekt, das von beiden Seiten für innenpolitische Zwecke benutzt wird, doch wenig Chancen auf Verwirklichung hat.

Russland musste auch erkennen, dass es sich nicht länger auf die bedingungslose, loyale belarussische Unterstützung in regionalen Organisationen verlassen kann. Lukaschenko boykottierte im vergangenen Jahr ein Gipfeltreffen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO), weigerte sich, den rotierenden Vorsitz der Organisation zu übernehmen und äußerte Bedenken, die Schnelle Eingreiftruppe der Organisation mitzutragen. Anfang dieses Jahres verzögerte Minsk die Ratifizierung der Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC). Diese Uneinigkeiten waren keine Angriffe von Belarus gegen die regionalen Organisationen an sich, sondern Reaktionen auf bilaterale Konflikte mit Russland.

Anhaltende wirtschaftliche Auseinandersetzungen

Über viele Jahre hinweg war Moskau damit zufrieden, die belarussische Wirtschaft durch bevorzugten

Zugang zum russischen Markt und billiger Energieversorgung zu unterstützen, um im Gegenzug ein antiwestliches Bollwerk und einen loyalen Verbündeten als Nachbarn zu haben. Das Interesse Russlands richtete sich mit der Zeit jedoch darauf, einen größeren wirtschaftlichen Einfluss auf Belarus zu erlangen. Das letzte Jahrzehnt erlebte eine Reihe von zahlungsbedingten Öl- und Gaskonflikten, die zum Jahreswechsel 2006/07 ihren Höhepunkt erreichten, als Gazprom für einige Tage alle Lieferungen nach Belarus aussetzte und sogar die Ölversorgung kurz unterbrochen war. Im Rahmen der Einigung, die den Streit beendete, wird der Gaspreis für Belarus bis 2011 allmählich auf europäisches Niveau angehoben, während Gazprom bis zu 50 % der Anteile an den Transitpipelines von Beltransgaz erwirbt. Gleichzeitig wurde eine neue Vereinbarung über Ausfuhrzölle auf Öl erreicht. Indessen versucht Lukaschenko den Preisanstieg zu verzögern und die Öffnung belarussischer Staatsbetriebe für russische Unternehmen zu verhindern. Energiekonflikte drohten im Sommer 2007 und 2010 erneut außer Kontrolle zu geraten (nachdem Minsk die Unterschrift zur Zollunion hinausgezögert hatte). Belarus versucht so viel wie möglich aus dem begrenzten Einfluss herauszuholen, den es als Transitland für Öl- und Gaslieferungen zur EU sowie durch den Zugang zur russischen Exklave Kaliningrad besitzt. Durch den Bau der Northstream Gaspipeline durch die Ostsee, deren Vollendung für 2012 geplant ist, wird Russland sehr bald Belarus umgehen können.

Uneinigkeiten entstanden auch in anderen Sektoren, wie das Beispiel des sogenannten »Milchkrieges« von 2009 zeigte, als Russland die Einfuhr belarussischer Milchprodukte für einen Monat verbot, was wiederum zu Lukaschenkos Boykott des Gipfeltreffens der CSTO führte. Indem Lukaschenko Öl in Venezuela einkaufen ließ, Wirtschaftsbeziehungen mit China knüpfen wollte und versuchte, durch eingeschränkte wirtschaftliche Liberalisierung westliche Investitionen anzulocken,

suchte er die Wirtschaftsbeziehungen seines Landes zu diversifizieren.

Der Rückgang russischer Subventionen führte noch nicht zum sozio-ökonomischen Zusammenbruch, wie von einigen Beobachtern vorhergesagt. Lukaschenko konnte die Kritik am Zustand der belarussischen Wirtschaft und des Preisanstiegs in gewisser Weise ablenken, indem er auf die globale Wirtschaftskrise und die Zustände in anderen Teilen der Region verwies. Der wirtschaftliche Druck durch Russland führte dazu, dass Minsk rhetorischen die Verteidigung der belarussischen Souveränität stärker in den Vordergrund stellte, anstatt nur die sozio-ökonomische Stabilität des Landes zu betonen.

Jüngste politische Auseinandersetzungen

Wirtschaftliche Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern haben sich in jüngster Zeit mit politischen Meinungsverschiedenheiten vermischt. Belarus weigert sich bis heute, die Unabhängigkeitserklärungen von Südossetien und Abchasien anzuerkennen, und zieht damit den Zorn Moskaus auf sich. Seit dem russisch-georgischen Konflikt im August 2008 versucht Minsk seine Beziehungen zur EU aktiv zu verbessern, widersetzt sich gleichzeitig jedoch den westlichen Forderungen nach Demokratisierung. Als im April 2010 der kirgisische Präsident gestürzt wurde, lud ihn Lukaschenko nach Belarus ein und drückte seine Betroffenheit über dessen Sturz aus, der von Moskau stillschweigend unterstützt wurde.

Seit Juli dieses Jahres strahlte der russischen Fernsehsender NTW eine Reihe sensationell aufgemachter Dokumentationen aus, die unter anderem Lukaschenkos Privatleben, seine psychische Verfassung, Wirtschaftsinteressen und das Verschwinden von Regimegegnern Oppositionellen in den späten 1990er Jahren thematisiert hatten. Zwar hatten die Enthüllungen kaum Neuigkeitswert, doch wurden sie noch nie so umfassend im russischen Informationsraum verbreitet. Auch andere russische Fernsehanstalten und Printmedien starteten eine konzertrierte Kampagne von Angriffen gegen Lukaschenko und lieferten gleichzeitig wohlmeinende Berichte über einige Gegenkandidaten bei den kommenden Präsidentschaftswahlen.

Im Gegenzug veröffentlichte »Respublika«, die offizielle Zeitung des belarussischen Ministerrates, die Kritik des russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzov an Wladimir Putins Herrschaftsjahren. Lukaschenko gab Pressekonferenzen für russische Medien und der Kreml erwiderte mit Veranstaltungen für belarussische Medienvertreter, wobei sich beide Seiten gegenseitig scharf kritisierten.

Während das persönliche Verhältnis zwischen Lukaschenko und Putin nie sonderlich warm oder freundlich war, überrascht die öffentliche Entzweiung zwischen Lukaschenko und Dmitrij Medwedew, mit dem der belarussische Präsident immer den Anschein freundlicher Beziehungen aufrechterhalten wollte.

Der Einfluss des russischen Propagandafeldzugs ist in Belarus selbst eher begrenzt. Beispielsweise geben unabhängige Umfragen an, dass, obwohl die Hälfte der Bevölkerung von den NTW-Dokumentationen gehört, weniger als ein Drittel tatsächlich irgendeine davon gesehen hat und von diesen nur ein Viertel ihre Meinung zu Lukaschenko in positiver oder negativer Weise verändert hat.

Die Präsidentschaftswahlen in Belarus

Die kommenden Präsidentschaftswahlen in Belarus sollten ursprünglich nicht vor Februar 2011 stattfinden. Das Parlament wurde jedoch früher einberufen, um den Wahltag auf den 19. Dezember zu legen. Somit werden die Wahlen vor möglichen Öl- oder Gaskonflikten mit Gazprom und dem Kreml um Neujahr stattfinden.

Lukaschenko hofft auf eine vierte Amtszeit als Präsident. Dieses Mal kann er sich jedoch nicht auf die politische Unterstützung des Kremls verlassen; es besteht zudem die Möglichkeit, dass Moskau das Wahlergebnis formal nicht anerkennt. Obwohl sein Rating in der letzten unabhängigen Meinungsumfrage (September 2010) auf knapp unter 40 % gefallen ist, ist ca. ein Drittel der Wähler unentschieden und nur wenige seiner Gegenkandidaten erreichen momentan auch nur ein Prozent öffentlicher Unterstützung.

Die belarussischen Oppositionskräfte, die sich im Vorfeld der Wahl als unfähig erwiesen haben, auch nur den Anschein von Einigkeit zu wahren, stehen vor der Herausforderung, auf diesen neuartigen, externen Druck auf das Regime zu reagieren. Einige reisten nach Moskau, um die Möglichkeit einer Unterstützung durch Russland zu sondieren. Der Kreml hat aber bisher keinen alternativen Kandidaten unterstützt. Das hat nicht verhindert, dass Gerüchte darüber umliefen, wer möglicher Favorit des Kremls sein könnte bzw. aus Russland unterstützt wird – sei es von Unternehmern oder von belarussischen Emigranten in Russland. Anwärter für diese Rolle waren der Dichter Wladimir Nekljaew, der Ökonom Jaroslaw Romantschuk und der ehemalige Diplomat Andrej Sannikow.

Vertreter des nationalistischen Flügels der Opposition sind besorgt, Lukaschenko könne durch einen Kandidaten ersetzt werden, der Moskau verpflichtet ist und engere Beziehungen mit Europa ablehnt. Der christdemokratische Kandidat Witaly Rymaschewsky beispielsweise erklärte, dass er eine Kandidatur Nekljaews

nicht unterstützen könnte, sollte dieser als gemeinsamer Oppositionskandidat ausgewählt werden. Ihm stehen jene gegenüber, die die Verdrängung Lukaschenkos von der Macht allen anderen Bedenken überordnen, auch wenn die national-demokratischen Eigenschaften des Nachfolgers nicht ihren Wunschvorstellungen entsprechen.

Ein Regimewechsel als Ergebnis dieser Wahlen bleibt jedoch sehr unwahrscheinlich, trotz der offenkundigen Bereitschaft Russlands, Lukaschenko von der Macht scheiden zu sehen. Ungeachtet der intensiven Propagandakampagnen in den russischen Medien kann Lukaschenko bis auf weiteres auf die feste Unterstützung sowohl eines wesentlichen Teils der Bevölkerung als auch der verschiedenen Gruppen der Herrschaftselite in Belarus zählen. Er kann sich als Verteidiger der belarussischen Souveränität gegen russische Oligarchen und expansionistische Ambitionen des Kremls stilisieren. Die Wahlen werden weder frei noch fair sein, obwohl Lukaschenko zu verstehen gab, dass er einen geringeren Stimmenvorsprung erwartet als bei den Wahlen 2006. Die Oppositionskräfte sind durch interne Streitigkeiten geschwächt. Zudem haben sie wenige natürliche Verbündete in der russischen Elite, die ihnen ermöglichen könnten, aus dem aktuellen Einbruch der zwischenstaatlichen Beziehungen Nutzen zu ziehen. Der Umschlag von Straßenprotesten in Revolution ist ebenso unwahrscheinlich wie die Bereitschaft Moskaus, eine gewaltsame Beseitigung Lukaschenkos ruhig mitanzusehen.

Über die Wahlen von 2010 hinaus

Während eine vierte Amtszeit Lukaschenkos wahrscheinlich ist, könnte seine Stellung doch schwierig werden. Der belarussische Präsident hat sich während seiner 16 Jahre an der Macht als ein raffinierter Politiker erwiesen und viele Vorhersagen über seinen unvermeidlichen Sturz überlebt. Nun wird er jedoch all seine Reserven an List und Opportunismus aufbringen müssen, um den Verlust an politischer und wirtschaftlicher Unter-

stützung durch Russland zu kompensieren. Abkommen mit Venezuela, China und den Golfstaaten sind bisher weit davon entfernt, diese Lücke zu schließen. Nachdem Belarus seinen traditionellen Einfluss als Transitland verliert, könnte Lukaschenko stattdessen auf die geopolitische Karte setzen, etwa durch die Drohung, aus der CSTO oder dem gemeinsamen Wirtschaftsraum auszusteigen, in der Hoffnung, so Konzessionen von russischer Seite durchzusetzen.

Die Annäherung an die EU nach 2008 war in Wirklichkeit eher von begrenzter Bedeutung. Brüssel wird Minsk keine wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung anbieten, nur weil Lukaschenko verspricht, sich von Russland abzuwenden und die eigene Wirtschaft teilweise für westliche Investitionen zu öffnen. Stattdessen wird Brüssel stärkere Demokratisierungsbemühungen sehen wollen, die Lukaschenkos Machtposition schwächen würde. Den wirtschaftlichen Forderungen Moskaus zuzustimmen würde Lukaschenkos Regierungsfähigkeit jedoch in ähnlicher Weise unterminieren. Russland könnte darauf hoffen, dass Lukaschenko trotz erfolgreicher Wiederwahl in den nächsten fünf Jahren nicht als Garant für Stabilität in Belarus gilt, und dass es zu einer Palastrevolution kommt und ein Nachfolger aus dem Innern des Regimes auftritt. Im Moment gibt es jedoch keine offensichtlichen Kandidaten des Kremls in der belarussischen Regierung.

Andere Kommentatoren beschreiben ein Szenario, wonach Lukaschenko vorzeitig von seinem Amt zurücktritt und dieses einem selbst gewählten Nachfolger überträgt, möglicherweise seinem ältesten Sohn, Viktor, der einen Neustart der Beziehungen mit Russland und dem Westen einleiten könnte. Die Entwicklung der belarussisch-russischen Beziehungen in den kommenden Monaten und Jahren wird ein schwieriger Balanceakt sein, mit Risiken für beide Seiten und dem Potenzial zu grundlegenden Änderungen im Regime von Lukaschenko und in der wirtschaftlichen Landschaft von Belarus.

Übersetzung aus dem Englischen: Christoph Laug

Über den Autor:

Matthew Frear ist Doktorand am Zentrum für Russland- und Osteuropastudien an der Universität Birmingham, Großbritannien, der über aktuelle Entwicklungen in Belarus arbeitet.

Lesetipps:

- Balmaceda, Margarita (2009): At a Crossroads: the Belarusian–Russian Energy-Political Model in Crisis, EUISS Chaillot Paper No. 119, November 2009, in: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp119.pdf>
- Konończuk, Wojciech (2008): Difficult 'Ally': Belarus in Russia's Foreign Policy, OSW Studies No. 28, September 2008, in: http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/PRACE_28.pdf

CHRONIK

Vom 3. bis zum 16. Dezember 2010

03.12.2010	Russland und die Ukraine einigen sich auf einen jährlichen Transit von 112 Mrd. Kubikmetern russischen Gases durch die Ukraine in den nächsten fünf Jahren.
03.12.2010	Die russische Regierung legt regionale Quoten für Genehmigungen befristeter Aufenthalte ausländischer Staatsbürger in Russland für das Jahr 2011 fest. Insgesamt will man ca. 130.000 Genehmigungen erteilen.
05.12.2010	Im Zentrum Moskaus findet eine genehmigte Demonstration zum Schutz der Rechte von Journalisten statt.
05.12.2010	Die russische Assistentin eines britischen Parlamentsabgeordneten wird auf Verlangen des britischen Geheimdienstes verhaftet. Der Vorwurf lautet auf Spionage.
06. – 07.12.2010	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Polen. Er trifft mit Präsident Bronisław Komorowski und Ministerpräsident Donald Tusk zusammen.
07.12.2010	Präsident Dmitrij Medwedew nimmt am EU-Russland-Gipfel in Brüssel teil. Russland und die EU unterzeichnen eine Erklärung über die Bedingungen für den russischen WTO-Beitritt.
07.12.2010	Ca. 500 Fußballfans blockieren den Leningrader Prospekt in Moskau und skandieren nationalistische Parolen. Die Demonstration ist eine Reaktion auf den Tod eines bekannten Fans des Moskauer Fußballvereins Spartak, der in der Nacht zum 6. Dezember bei einer Schlägerei erschossen wurde. Der Hauptverdächtige stammt aus der Republik Karbado-Balkarien.
07.12.2010	Bei einem Einsatz der Sicherheitskräfte werden im Rayon Sunshensk (Inguschetien) vier Untergrundkämpfer getötet.
07.12.2010	Das Softwareunternehmen Microsoft reagiert auf internationale Kritik und stellt russischen gemeinnützigen Organisationen und kleinen unabhängigen Medienanstalten Lizenzen für seine Produkte zur Verfügung. Hintergrund ist ein Verfahren wegen Piraterie gegen die Umweltbewegung »Baikalwelle« in Irkutsk, die gegen die Verschmutzung des Baikalsees, insbesondere durch das Zellulosekombinat in Baikalsk, protestiert. Das Verfahren wurde eingestellt, nachdem Microsoft die Klage zurückgezogen hatte.
09.12.2010	Walentina Matwienko, Bürgermeisterin von St. Petersburg, gibt bekannt, dass das von Gazprom geplante »Ochta-Zentrum« an einem anderen Ort in St. Petersburg gebaut werden soll.
09.12.2010	In Moskau findet ein Treffen der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan und des Rates der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft statt. Russland, Belarus und Kasachstan vereinbaren einen rechtlichen Rahmen für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum.
10.12.2010	Präsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine überarbeitete Änderung des Versammlungsrechts. Der aktuellen Fassung zufolge muss nun auch die Verwendung von Verkehrsmitteln bei Versammlungen und Demonstrationen drei Werktage vor der Veranstaltung angemeldet werden.
11.12.2010	Bei einem Treffen des Sicherheitsrates teilt Dmitrij Medwedew mit, dass er einen Erlass über »Zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Rechtsordnung« unterzeichnet hat, wonach die Subjekte der Russischen Föderation ständige Koordinationsberatungen zur Sicherung der Rechtsordnung in den Föderationssubjekten einführen.
11.12.2010	Bei einer Demonstration von ca. 5.500 Fußballfans auf dem Manege-Platz in Moskau kommt es zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen und zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften. 29 Personen werden verletzt, über 60 kurzzeitig verhaftet. Demonstranten attackieren Personen, die sie für »Kaukasier« halten. Auslöser ist der Mord an einem Spartak-Fan am 6. Dezember. Auch in St. Petersburg kommt es zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften nachdem sich ca. 3.000 Fußballfans versammelt haben.
12.12.2010	Bei einem Spezialeinsatz der Sicherheitskräfte im dagestanischen Dorf Buglen werden drei Untergrundkämpfer getötet.

13.12.2010	Dmitrij Medwedew beauftragt die russische Regierung eine Doktrin zur Energiesicherheit auszuarbeiten, die die bestehenden Bestimmungen systematisiert und einen »komplexen Zugang« zur Energiesicherheit erlaubt.
13.12.2010	Die Untersuchungen zum Mordfall Stanislaw Markelow und Anastasija Barburowa sind nach Angaben von Wladimir Markin, dem Vorsitzenden des Ermittlungsausschusses, abgeschlossen.
13.12.2010	Vier demokratische Organisationen gründen, in Anlehnung an die vorrevolutionäre Partei der Konstitutionellen Demokraten (Kadetten), die »Partei der Volksfreiheit – Für ein Russland ohne Willkür und Korruption«. Die Partei soll an den Wahlen zur Staatsduma 2011 und den Präsidentschaftswahlen 2012 teilnehmen.
14.12.2010	Die Autotrasse Moskau-St. Petersburg wird nun doch durch den Wald von Chimki gebaut und bis 2013 fertiggestellt werden. So lautet der Beschluss der Regierungskommission, über den Vizepremier Sergej Iwanow informiert. Demnach werden die Kompensationszahlungen für den ökologischen Schaden auf 4 Mrd. Rubel erhöht und die fünffache Menge des abgeholzten Waldes anderweitig aufgeforstet.
15.12.2010	Die Urteilsverkündung im zweiten Verfahren gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew wird auf den 27.12.2010 verschoben.
15.12.2010	In Moskau und St. Petersburg kommt es zu Krawallen und zu Zusammenstößen zwischen Nationalisten und »Kaukasiern«. Sicherheitskräfte werden massiv eingesetzt, der Rote Platz wird gesperrt. Bei den Ausschreitungen werden 30 Personen verletzt und über 1.300 Personen festgenommen.
15.12.2010	Der Anwalt und Menschenrechtler Jewgenij Bobrow, der sich in der Bewegung für Wohnheime in Moskau und dem Moskauer Gebiet engagiert, wird vor seinem Haus von zwei Unbekannten zusammengeschlagen.
16.12.2010	Ministerpräsident Wladimir Putin stellt sich in der »direkten Linie« Fragen aus der Bevölkerung. Die »direkte Linie« wird live im Fernsehen übertragen. Fragen können über die Medien oder per Internet gestellt werden.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de